DER SOZIALISTISCHE ARZT

VIERTELJAHRSZEITSCHRIFT DES „VEREINS SOZIALISTISCHER ÄRZTE"

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

II. Jahrg. Nr. 2/3 November 1926

Inhalt:



INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY
DIE PSYCHOANALYTISCHE UNIVERSITÄT IN BERLIN

DER SOZIALISTISCHE ARZT
VIERTELJAHRSZEITSCHRIFT DES „VEREINS SOZIALISTISCHER ÄRZTE“
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

II. Jahrg. Nr. 2/3 November 1926

Typhusepidemie und Seuchenbekämpfung

Forderungen des VSA

Der „Verein Sozialistischer Ärzte“ hat sich in seiner Sitzung vom 4. 10. 1926 im Hygiene-Institut der Berliner Universität mit der Frage der „Typhusepidemie und Seuchenbekämpfung“ befaßt.

Er glaubt, daß die erhöhte Epidemiegefahr zum großen Teil auf schuldhaftes Verhalten der verantwortlichen Behörden (Abbau der Sozialhygiene, Fehlen von Warnung und Aufklärung) zurückzuführen ist.

Der Verein ruft die werktätige Bevölkerung zum Kampfe um ausreichenden Gesundheitsschutz auf, der in restlos befriedigender Weise nur durch die Sozialisierung des gesamten Heilwesens erreicht werden kann. Als dringende Forderungen an Staats- und Gemeindebehörden, deren Durchführung durch die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu überwachen wären, empfiehlt er:

1. Einrichtung von Gesundheitsämtern in allen Groß- und Mittelstädten unter Leitung hauptamtlicher Ärzte mit ausreichendem fachlichen Personal und Material und unter ständiger Kontrolle von hygienischen Ortskommissionen aus der werktätigen Bevölkerung.
2. Wiederherstellung und Erweiterung aller in der Kriegs- und Nachkriegszeit abgebauten Kontrolleinrichtungen für die Nahrungsmittel-Herstellung und -Prüfung. Sofortige Verschärfung der Melde- und Isoliervorschriften für ansteckende Krankheiten. Ausbau der Gesundheitsstatistik zu einem brauchbaren Hilfsmittel in der Seuchenbekämpfung.
3. Dauernde hygienische Aufklärung der Bevölkerung durch Behörden und Organisationen in Schule und Haus durch Vorträge, Presse, Kino und Radio. Besondere Heranziehung der proletarischen Gesundheitsverbände. Verstärkte Aufklärung in Epidemiezeiten. Herausgabe von Schrift- und Bildmaterial.
4. Bekämpfung der Wohnungsnot als einer Hauptursache der Krankheiten durch einschneidende Maßnahmen. Kostenfreie Belieferung der notleidenden Kreise mit Desinfektions-, Reinigungs- und Nahrungsmitteln. Eventuell kostenlose Schutzimpfung.



Kritisches zur »Gesolei«

Von Max Hodann - Berlin

Die „Gesolei“, Ausstellung für Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Leibesübungen in Düsseldorf, ist mit ungeheuerem Pomp eröffnet worden. Sie war im Verlauf des Sommers Tagungsort unzähliger Kongresse. Es erscheint [illegible], sich in sozialistischen Kreisen mit einer Erscheinung kritisch zu beschäftigen, die so ungeteiltes Interesse und so unverhohlene Anerkennung in der bürgerlichen Welt findet.

Es ist nicht zu bestreiten: Ausstellungstechnisch ist das, was geboten wird, in vielen Punkten eine wirkliche Leistung. Das gilt vor allem vom architektonischen Teil, sowohl von den Bauten, die auf unmittelbare Initiative der Stadt Düsseldorf zurückgehen, wie von der Ausstellungshalle, die Taut für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gebaut hat. Mit diesem Lobe des äußeren Bildes aber ist das wesentliche Positive, das wir zugestehen können, erschöpft. Abgesehen von Einzelheiten, die in dem Chaos der Ausstellungsabteilungen und Ausstellungsgegenstände erfreuliche Oasen sind: Die Halle der Republik Österreich, getragen von den österreichischen Krankenkassen, der Arbeiterkammer Wien und dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmuseum in Wien. Weiter die kleine Abteilung der niederrheinischen Arbeiterwohlfahrt, die Abteilung „Der Mensch“, vom Dresdener Hygienemuseum, und die Abteilung für Ernährungsphysiologie. Auch in der Halle: „Der Mensch in seinen Beziehungen zu Tier und Pflanze“ wird viel Wissenswertes in geschmackvoller und übersichtlicher, vor allem aber wissenschaftlich nicht anfechtbarer Weise gezeigt.

Fragen wir, was ist der Zweck dieser Unternehmung? Wie man sagt, neben einer zusammenfassenden Darstellung des Gesundheitswesens unserer Zeit den 12½ Millionen Arbeitern des Niederrheins und des Ruhrgebietes gesundheitliche Belehrung zu bieten. Was das erste anbetrifft, so kann man das Ergebnis in die Worte fassen: Der Staat tut so gut wie nichts und glaubt sich das leisten zu können, indem er die unbequemen Aufgaben der privaten, meist konfessionellen Wohlfahrt überläßt, die sich in sehr geschickter Weise auf der Ausstellung breit macht. Das zweite? Die Tatsachen belehren darüber, daß die große Masse, erdrückt von der ungeheueren Menge des Materials und der netten Darstellung, beeinflußt von der Presse und dem, was „man“ sagt, begeistert das Ausstellungsgelände zu verlassen pflegt, zumal man ja zum Schluß in dem ausgedehnten Vergnügungspark das Ziel findet, das für allen Wust der feilgebotenen Wissenschaft und „Wissenschaft“ entschädigt.

Was kann nun der Proletarier, der nach Düsseldorf kommt, lernen? Kurz gesagt: Er sieht ein getreues Abbild eines Teiles der bürgerlichen Republik. Große Aufmachung und Verschleierung des Wesentlichen. Das ist eine schwere Anschuldigung eines Werkes,

dessen Katalog die bedeutendsten Namen der zeitgenössischen Medizin aufführt, als verantwortliche Leiter der Ausstellung. Eine solche Anschuldigung bedarf des Beleges.

Da sind zunächst die Widersprüche — wie die Ausstellungsleitung sagt, „da der Besucher ohne Fanatismus sehen und lernen will“ — zwischen dem Palast des Deutschen Brauerbundes im Zentrum des Geländes, in dem einem klar gemacht wird, daß man in Deutschland viel zu wenig Bier trinkt (daher wahrscheinlich der schlechte Stand unserer Gesundheit!?), und der Ausstellung der Alkoholgegnerverbände, in einer verlorenen Ecke des ebenso versteckten und verlorenen Pavillons der einen „Haupt“abteilung Soziale Fürsorge. Da wird auf der einen Seite für das Siedlungshaus geworben, auf der anderen Seite macht der Verband der Haus- und Grundbesitzer für die Mietskasernen als einzige angemessene Wohngelegenheit Reklame. Da wird vernünftige Ernährung in der Abteilung für Nahrungsphysiologie anempfohlen, und unmittelbar daneben darf sich die Industrie mit den blödesten Anpreisungen breit machen. Da propagiert man hygienische Kenntnis und schließt die Jugendlichen unter 16 Jahren aus vom Besuch der Abteilung für Schwangerschaftsschutz und Geschlechtskrankheiten. Da predigt man Sauberkeit in Gesinnung und Körperverfassung und suggeriert den Geschlechtern gleichzeitig, daß es unanständig ist, sich die Geschlechtsorgane des anderen Geschlechts zu beschauen (es ist nämlich in der Geschlechtskrankenabteilung eine Abteilung „Nur für Frauen“ da, wo nur weibliche, und eine andere „Nur für Männer“, wo fast nur männliche Genitalien gezeigt werden!).

Was aber wesentlicher ist als diese Widersprüche, und was für uns das vernichtende Urteil über diese Ausstellung letzten Endes begründet, das ist die Verschleierungstendenz, die sich überall breit macht. Die Masse soll den Eindruck gewinnen: Wir haben es herrlich weit gebracht, es kann uns in dieser gesegneten Republik gesundheitlich überhaupt nichts mehr passieren, wenn wir nur selber aufpassen. Der soziale und damit der nur durch gesellschaftliche Umwälzung abzuändernde Hintergrund der krankhaften Erscheinungen am Volkskörper erscheint nur sehr schamhaft hier und da, beispielsweise in der Abteilung, in der der Bund der Kinderreichen ausgestellt hat. Es dürfte kein Zufall sein, sondern hochwohlweise Berechnung, daß diese Plakate in einer sehr versteckten Ecke untergebracht sind, die von Führungen und Besuchern nur selten erreicht wird. Überdies ist diese Abteilung die einzige der Ausstellung gewesen, in der Ende Juni die sehr peinlichen Plakate noch nicht fertig aufgehängt waren, sondern an der flachen Erde standen.

Dafür ist ungemein viel Wert darauf gelegt, prunkhaft in Erscheinung treten zu lassen, was deutsche Medizin auf dem Gebiet der Bekämpfung der Tropenkrankheiten geleistet hat. Wir wollen die großartigen Verdienste deutscher Ärzte auf diesem

Gebiet nicht bestreiten: Für den, der tiefer sieht, heißt diese Abteilung im Grunde: Wir brauchen wieder Kolonien, Ausbeutungsgebiete für den deutschen Imperialismus! Die Abteilung des Heeressanitätswesens beruhigt uns voll und ganz darüber, daß im nächsten Kriege etwa für unsere zerschossenen Knochen und giftgasgeschwollenen Leiber nicht genügend gesorgt sein könnte. Es ist ein Schützengraben in natura da, getreu bis zur großen Rizinusbuddel, die als Wahrzeichen militärärztlicher Kunst auf dem Tisch des Unterstandssanitäters steht. Es ist auch eine lehrreiche Abteilung mit Kriegsverletzungen da. Davor inden hängt ein dicker Vorhang und über dem Eingang prangt: „Kriegsverletzungen. Nur für Ärzte. Dieser Raum enthält streng wissenschaftliches Material und das Publikum wird vor der Besichtigung gewarnt. Personen unter 18 Jahren ist der Eintritt strengstens verboten.“ Das ist auch eine Methode gesundheitlicher Belehrung, würdig der ganzen Unternehmung.

Was erfahren wir über die entscheidenden Fragen der Gesundung der breiten Masse: Über Arbeitsbeschaffung, über Beseitigung der Wohnungsnot, über Behebung des Ernährungselends? Nichts. Absolut nichts. Im Eingang der Halle „Soziale Fürsorge“ prangt zwar ein figürliches Plakat mit der Überschrift: „Die Ursachen der sozialen Not“. Aha, denkst du, jetzt kommts. Siehst du genauer zu, so stellst du fest (was nur wenige feststellen werden!), daß die Unterlagen zu dieser Erhebung über die Ursachen der sozialen Not aus dem Jahre — — 1885 stammen! Ich stehe nicht an, zu erklären, daß so etwas entweder lächerlich oder unverschämt ist. Gibt es keine Zahlen über Ursachen der sozialen Not aus dem Jahre 1926? Keine Arbeitslosenziffern? Kein Material über die Wirkung der Lebensmittelzölle auf die Nahrungspreise? Haben die Herren und Damen Ärzte kein Interesse für diese Fragen? Nein, sie haben viel wichtigeres zu tun: Sie haben in ihrem Ärztepavillon zu betonen, daß sie scharfe Gegner der Unterbrechung der Schwangerschaft sind, und daß sie sich voll und ganz dem herrschaftlichen Standesbewußtsein ihrer Organisationen unterstellen. Wer die Klassenmedizin, diese würdige Schwester der Klassenjustiz, in Reinkultur studieren will, der muß offenen Auges die Gesolei besuchen. Für das Kinderkriegen wird Reklame gemacht, daß es wirklich nicht zu übersehen ist. In elektrisch betriebenen Diapositivkästen fliegen die — Störche (!) zu den Wöchnerinnenstuben, gepriesen sei die kinderreichste Industriestadt Preußens Buer, die sich diese geschmacklose Reklame ihrer Vorzüge geleistet hat! Wie man für die Väter dieser Kinder Arbeit schafft, wie man die schönen Ernährungsvorschriften für Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder, Schwangere, Fortbildungsschüler realisiert, danach fragt auf dieser Ausstellung niemand — das gehört ja nicht zu den g e s u n d h e i t l i c h e n Angelegenheiten. Und schließlich die Wohnung:

Da ist zunächst mal eine angeblich „zweckmäßig eingerichtete“ Dreizimmerwohnung. Sie zeichnet sich gesundheitlich dadurch aus, daß neben einem ungeheueren Waschzober eine — Notbadewanne für fünf Personen vorhanden ist. Damit aus dem Kinderschlafzimmer tagsüber ein Arbeitszimmer für den Herrn Papa werden kann, sind zwei Mädchenbetten nach Reichspatent in die Schränke zu klappen und das unanständige Knabenbett, dessen Anblick tagsüber beleidigend zu sein scheint, wird mit einem Baldachin verhangen. Die Garnitur der Elternbetten besteht aus Seidendaunenplumeau's, die pro Bett 178 Mark kosten. Außer der Glühbirne befindet sich keine einzige elektrische Einrichtung in dieser „zweckmäßigen“ und „modernen“ Wohnung. Immerhin erregen die Seidendaunen, wenn sie auch gesundheitlich nicht gerade dem entsprechen, was moderne Ärzte fordern, das Entzücken aller jungen Mädchen und Ehefrauen, die da vorbeidefilieren, und der an und für sich schon kitschige Geschmack unseres Publikums wird weiter verkitscht — hoffentlich zu Gunsten der Plumeaufabrikanten, die, ebenfalls hoffentlich, auf Abzahlung liefern werden. Dann sind noch Musterhäuser da. Es wäre bei der Überfülle an Statistik auf dieser Ausstellung h i e r sehr angebracht zu zeigen, zahlenmäßig nachzuweisen, wieviel Familien in Deutschland solche „Musterhäuser“ haben bzw. haben können. Aber solche Statistik würde wohl etwas bedrückend wirken und den architektonischen Hochgenuß stören. Darum hat man sie wohlwollend vergessen.

Ich glaube, diese Beispiele genügen. Das, was der Proletarier wissen sollte und wissen möchte, das erfährt er nicht Er erfährt weder, in welcher Beziehung Arbeitslosigkeit zu Gesundheitsschädigung steht, noch, was geschehen soll, um die anerkannte Grundlage alles Krankheitselends, die Wohnungsnot, zu lindern (es geschieht eben nichts), er erfährt nicht, was alles im Gewerbebetrieb faul und verbesserungsbedürftig ist — lauter Musterkulissen hat man da aufgebaut, aber Kinder- und Frauenausbeutung in der Industrie zeigt man nicht. Die wenigen wirklichkeitstreuen Angaben verschwinden unter dem Wust der Verschleierung, wie etwa das Ergebnis einer Untersuchung an Düsseldorfer Fortbildungsschülern, die ergab, daß von 10 833 Schülern 46,2 Prozent kein eigenes Bett hatten. Es kann kein besseres Lehrmaterial für das Verständnis der Klassenherrschaft geben als die Gesolei, und, was den sozialistischen Arzt im besonderen interessieren dürfte, kein besseres Material zum Verständnis der Klassenmedizin. An dem, was dort nicht gezeigt wird, können wir merken, wo unsere Aufgaben liegen: Nicht in der Bewunderung der technischen Aufmachung dieser bürgerlichen Gesundheitsreklame, sondern in der schonungslosen Belehrung unserer Klassengenossen, daß die medizinische Wissenschaft heute auch nur ein Hilfsinstrument zur Stütze der herrschenden Klasse ist.

Sozialhygienische Arbeiten im Sächsischen Landtag

Von Dr. med. Schmincke, M. d. L.

Unser Mitglied, Gen. R. Schmincke, der als einziger sozialistischer Arzt dem bisherigen sächsischen Landtag angehörte, gibt nachstehend einen Tätigkeitsbericht, der Zeugnis ablegt von seiner regen parlamentarischen Tätigkeit im Dienste des Proletariats. Wir freuen uns, daß Gen. Schmincke bei den eben stattgefundenen Wahlen erneut in den Landtag entsendet wurde. Die Red.

Der im Februar 1922 gewählte Sächsische Landtag hatte unter 96 Abgeordneten: 40 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten. Er hat während der 4 Jahre seiner Tätigkeit eine Reihe sozialhygienischer Arbeiten erledigt. Von den bürgerlichen Parteien wurde in den vier Jahren kein einziger Antrag auf sozialhygienischem Gebiete gestellt.

Die Arbeiterklasse hat in keinem Lande Deutschlands so schwer unter der Inflationskrise gelitten, in keinem Lande leidet sie so stark unter der Dauerwirtschaftskrise wie in Sachsen.

Diese Forderungen im Interesse der Gesundheit des Proletariats wurden von den bürgerlichen Parteien aber stets abgewiesen mit dem Hinweis, die Wirtschaft kann die sozialen Lasten nicht tragen.

Für die Bürgerklasse ist ihre Wirtschaftsform, die privatkapitalistische, das Unabänderliche; ihr muß sich alles unterordnen, anpassen. Mögen die Proletarier hungern, frieren, zu tausenden vor Elend verkommen. Die Hauptsache ist die Erhaltung ihrer Wirtschaft und des Profits.

Für die Arbeiterklasse ist das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und ihrer Familien das Unabänderliche, die erste und die Hauptforderung. Die privatkapitalistische Wirtschaft muß sich den Forderungen der Arbeiterklasse anpassen, und wenn sie das nicht kann, so muß sie zugrunde gehen und einer anderen Wirtschaftsform, der sozialistischen, Platz machen.

Leider gelang es nicht, nach dem Jahre 1923 infolge der Bildung einer Koalitionsregierung von Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, bei der die bürgerlichen Minister ausschlaggebend waren, eine Reihe von sozialhygienischen Anträgen in Sachsen zu Gesetzen werden zu lassen.

Zur Förderung der Gesundheit der Kinder, die in Sachsen ganz besonders beeinträchtigt ist, wurden folgende Forderungen gestellt:

a) den Gemeinden besondere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um die Ernährung und Bekleidung eines jeden proletarischen schulpflichtigen Kindes sicherzustellen. Für alle proletarischen Kinder sind Schulspeisungen obligatorisch einzuführen,

b) die schulärztliche Kontrolle durch Einstellung weiterer hauptamtlicher Schulärzte und Schulpflegerinnen so auszubauen, daß auf je 1000 Schulkinder ein hauptamtlicher Schularzt mit zwei Schulpflegerinnen entfallen. In allen Schulen ist eine gründliche, völlig kostenlose ärztliche Behandlung der erkrankten schulpflichtigen Kinder durchzuführen,

c) in jedem Schulgebäude ein ärztliches Untersuchungszimmer und ausreichende Badegelegenheiten, Wasser-, Sonnen-, Luft- und Lichtbäder einzurichten,
d) besonders für die großstädtischen Schulen in erhöhter Zahl Ferienheime, Erholungsheime und Waldschulen zu errichten. Die Auswahl der den Erholungsheimen und Ferienheimen zu überweisenden Kinder erfolgt nach dem Vorschlag des Schularztes, durch Schulleitung und Elternbeiräte. Alle öffentlichen Kindererholungsheime sind interkonfessionell. Religiöse Unterweisungen und Uebungen haben zu unterbleiben. Die Beeinflussung der Kinder in Erholungsheimen in monarchistischem und militaristischem Sinne unterbleibt.

Da in den Jahren nach der Inflation in vielen Betrieben eine starke Ausbeutung der Lehrlinge auf Kosten ihrer Gesundheit stattfand, wurde ein Antrag im Interesse jugendlicher Arbeiter gestellt.

Es wurde gefordert:

1. Verbot der Kinderarbeit bis zum 14. Jahr;
2. die tägliche Arbeitszeit für das Alter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und über 18 auf 8 Stunden, den Arbeitsschluß an Sonnabenden und Tagen vor Feiertagen auf mittags 12 Uhr;
3. obligatorischen Erholungsurlaub von 4 Wochen für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren und 3 Wochen für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren unter Fortzahlung des Lohnes;
4. Schaffung von Jugend-Erholungsheimen und Jugendheimen, die den Jugendlichen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sind.

Gelegentlich eines Besuches des Landtages in der Leipziger orthopädischen Klinik wurde festgestellt, wie schlecht es mit der Fürsorge und Behandlung rhachitischer und tuberkulöser Kinder in Sachsen bestellt ist. Deshalb wurden Anträge gestellt auf Bereitstellung von Mitteln zum Bau eines staatlichen Krüppelheims. Weiter wurde die Forderung zum Bau einer Landeslungenheilstätte und einer weiteren Frauenklinik in Zwickau resp. Plauen erhoben.

Bei der Beratung über die Heil- und Pflegeanstalten zeigte es sich, daß eine erschreckende Zunahme von Patienten in den Irrenanstalten festzustellen war. Zur Untersuchung über die Ursachen dieser enormen Zunahme wurde eine Sitzung der Direktoren der Landesanstalten einberufen.

Die Folgen der Zunahme der Geschlechtskrankheiten im Kriege, der wieder stark überhandnehmende Alkoholismus wurden als Gründe angegeben. Außerdem wurde aber auf die Wohnungsnot und die wirtschaftliche Not weiter Kreise hingewiesen, welche, anstatt die kranken Angehörigen in den Familien zu verpflegen, es heute vorziehen, diese in die Anstalten zu bringen. Infolge dieser starken Zugänge wurde für die nächsten Jahre der Bau einer weiteren Irrenanstalt vorgesehen.

Anträge wurden gestellt, um Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bereitzustellen.

Im Interesse der proletarischen Frauen wurde im Jahre 1923 ein Antrag auf Amnestie der wegen Verstößen gegen die §§ 218—219 vom Landtag genehmigt. Es wurde die unentgeltliche Geburtshilfe und Ausbau des Hebammenwesens und des Wöchnerinnenschutzes verlangt.

1925 kam folgender Antrag zum Schutz der schwangeren Textilarbeiterinnen zur Beratung und Verabschiedung

1. das Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft,
2. die Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag ausgesprochen wird und
3. die Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes durch eine zu schaffende obligatorische Kollektivversicherung gedeckt wird;
4. weibliche Aerzte als Gewerbeaufsichtsbeamte einzustellen und diese zu besonders sorgfältiger Beratung der Schwangeren und zur Erforschung der Einwirkung der Erwerbsarbeit auf den Körper und das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft anzuhalten,
5. die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zur besonderen fürsorgenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozeß zu beauftragen und
6. die Gemeinden zur Einrichtung ärztlicher Beratungsstellen für Schwangere zu veranlassen;

durch die Gewerbeaufsichtsorgane bei den Betriebsleitungen dahin zu wirken, daß

1. Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die schwangeren Arbeiterinnen bei Beschäftigungen, welche ununterbrochenes Stehen und Laufen erfordern,
2. Bereitstellung freundlich eingerichteter Zimmer für den Aufenthalt der Schwangeren in den Pausen oder bei evtl. Schwächezuständen,
3. Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustand der Schwangerschaft erforderlich sind und
4. Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben oder in einer größeren Anzahl von Einzelbetrieben gemeinsam.

Die Glasbläser und Glasarbeiter leiden durch die Benutzung der alten Glasmacherpfeifen, die von Mund zu Mund gehen, großen gesundheitlichen Schaden. Grippe, Tuberkulose, Syphilis werden untereinander und dadurch auch auf die Familien der Glasarbeiter übertragen. Seit 1922 werden im Reich Erhebungen über einen zweckmäßigen Glasarbeiterschutz durchgeführt, ohne daß man zu einem Ergebnis kommt.

Die kommunistische Fraktion verlangte deshalb, daß die Regierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und für Sachsen eine Verordnung erlassen solle, die in den Glashüttenbetrieben die alte Glasmacherpfeife verbiete und die pneumatische Pfeife gesetzlich vorschreibe. Durch künstliche Belüftung sollte die Temperatur, die 70 Grad Celsius beträgt, auf 35 Grad herabgedrückt und in allen Betrieben genügend Bäder geschaffen werden.

Diese Vorschläge wurden im Einverständnis mit den Glasarbeitern gemacht. Der Regierungsvertreter erkannte die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an, erklärte sie aber als eine Schädigung der sächsischen Glasindustrie. Man müsse auf das Reich warten, weil in Sachsen nur ein Achtel der Glasarbeiter Deutschlands sei.

Der § 120e der Gewerbeordnung gibt den Länderbehörden ohne weiteres das Recht, beim Versagen des Reiches für ihren Wirkungskreis diese Schutzmaßnahmen durch Verordnung einzuführen.

Diese Anträge wurden der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen und vom Landtag abgelehnt, durch eine Verordnung den Schutz der Glasarbeiter durchzuführen.

Am 31. Oktober finden die Neuwahlen zum Landtag statt. Der verflossene Landtag hat durch seine Zusammensetzung seit dem Februar 1923 leider wenig Möglichkeit gegeben, sozial-hygienische Aufgaben gesetzlich zu verankern, da durch die Bildung der Koalitionsregierung der 23 Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen eine wirksame Sozialhygiene unmöglich gemacht wurde. Hoffentlich gelingt es im neuen Landtage, die wichtigsten sozialhygienischen Forderungen im Interesse des sächsischen Proletariats durchzusetzen.

Zum Hohenzollernvergleich!

Von Ewald Fabian

In der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten haben die sozialistischen Aerzte, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, mit den arbeitenden Massen Schulter an Schulter gestanden, um nicht zuletzt im Interesse der bedrohten Volksgesundheit einen erheblichen Teil des Volksvermögens vor der Fürstengier zu retten. Kurz vor dem Volksentscheid veranstaltete der V. S. A. gemeinsam mit dem Kuczynski-Ausschuß eine große Intellektuellen-Kundgebung in den Spichernsälen, die lange vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußte. Die Ausführungen sämtlicher Redner — es sprachen Dr. Kuczynski, Dr. Ernst Simmel, Artur Holitscher, Prof. Paul Oestreich, Dr. Ernst Meyer und Eduard Fuchs — die das Problem von den verschiedenen Gesichtspunkten behandelten und sich sämtlich zu der Forderung „Keinen Pfennig den Fürsten! Alles für die leidenden Volksmassen!" bekannten, fanden stürmische Zustimmung der Riesenversammlung.

Das Resultat der Abstimmung konnte wahrlich nicht entmutigend wirken. Das deutsche Volk, das endlich einmal nach langer Zeit sich voll Begeisterung in den Kampf für seine eigne Sache stürzte, ließ sich nicht beirren, weder durch sentimentale Redensarten, noch durch dreiste Belehrungen über Moral und Recht, wie sie von hohen Stellen beliebt wurden. Fast 15 Millionen Wähler bekannten sich zu der radikalsten Lösung, obwohl Schule, Kirche, Presse, alle dunklen Mächte der Vergangenheit auf Seiten der Reaktion standen und an wüster Hetze und brutalem Terrorismus das Menschenmögliche leisteten. Darum konnte man nicht erwarten, daß der Wille der großen, an den öffentlichen Dingen interessierten Volksmehrheit mit Füßen getreten werden könnte.

Und doch wurde in den ersten Oktobertagen von der preußischen Regierung möglichst unbemerkt ein Vergleich zwischen Preußen und dem Hohenzollernhause abgeschlossen, der den Fürstenklüngel sichtlich befriedigt hat. Dieses Abkommen, das von den Berliner Funktionären der SPD. einstimmig abgelehnt und in allen

denkenden Volkskreisen, die frei von sklavischer Gesinnung sind, aufs schärfste bekämpft wurde, ist in kürzester Frist unter Abwürgung jeder sachlichen Beratung im Landtag angenommen worden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten enthielten sich der Stimme und entsagten völlig jeder Kritik, während die Kommunisten die Annahme der gemeingefährlichen Vorlage unter Anwendung der Obstruktion zu verhindern suchten. Das Entsetzen der gesamten bürgerlichen Oeffentlichkeit über ein paar grobe Ausdrücke und über die Abwehr der Minorität war geflissentlich so groß, um über die Hohenzollern-Liebesgabe hinwegzutäuschen. In Wirklichkeit ist die Obstruktion in allen Ländern das selbstverständliche Mittel einer vergewaltigten Minderheit, die sich im Interesse des arbeitenden Volkes gegen solche Willkürakte zur Wehr setzt. Solche Obstruktionsfeldzüge mit dem wildesten Ausbruch der Leidenschaften gab es, um nur einige klassische Beispiele zu nennen, bei dem Kampf um die sog. lex Heinze, bei der Zolltarifvorlage ebenso wie jüngst bei dem Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen einen reaktionären Unterrichtsminister.

So soll denn, wenigstens nach dem Entscheid des Preußenparlamentes, dem „vormaligen Kronprinzen und seiner Gemahlin sowie ihren Kindern und Enkelkindern auf Lebenszeit der im Neuen Garten bei Potsdam gelegene Cäcilienhof als Wohnsitz mit dem Rechte der ausschließlichen Benutzung zur Verfügung" gestellt werden, natürlich abgesehen von den Besitzungen und Schlössern, die nicht angetastet werden. Ja, sogar Wilhelm II. wird in dem besonders berüchtigten § 7 des Vertrages — über diesen Selbstmord der Republik haben sogar demokratische Blätter entrüstete Urteile gefällt — in der großherzigsten Weise bedacht:

„Der Staat stellt dem vormals regierenden König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg v. d. H. als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit beider zur Verfügung".

Nach dem famosen Vergleich erhalten die Hohenzollern, was uns als sozialistische Aerzte besonders interessiert, u. a. 250 000 Morgen Land, etwa ein Dutzend Schlösser, zwei Dutzend Villen und große Nutzgebäude, das gesamte Schatullvermögen und schließlich noch 15 Millionen Mark in bar. So freigiebig ist derselbe preußische Staat, dem es, so vernehmen wir es bei jeder Gelegenheit, an Mitteln und Einrichtungen mangelt, um den Wiederaufbau der zerrütteten Volksgesundheit vorzunehmen. Gerade die Güter und Schlösser mit den riesigen Parks und Waldungen der ehemaligen Fürsten eignen sich für Erholungs- und Gesundungsstätten für die durch Not und Krankheit verelendeten Volksmassen. Und wäre es nicht ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn die, die im Laufe ihrer Regierungstätigkeit so viel am deutschen Volke gesündigt haben, auf einen Teil ihres Ueberflusses zur Wiedergutmachung verzichten müßten!

Mit Recht sagt Maximilian Harden in einem Artikel „Drohnenschlacht“:

„Wenn auf den von Fürstengier wider Recht und Anstand geforderten Landstrecken zweihunderttausend selbständige Bauern angesiedelt, die Schlösser, Villen, Guts- und Stadthäuser dürftigen Kindern, Greisen, schwächlich hinsiechenden Weibern als Wohnstatt angewiesen, wenn Hundertmillionenhaufen den Krüppeln, Witwen und Waisen des Krieges, den Mühseligen und Beladenen des Kleinbürgerstandes und des Proletariats nutzbar gemacht werden und schon das Werk solcher Siedlungen, Meliorationen, Umbauten Hunderttausenden heute Erwerbsloser, von Staaten und Gemeinden kümmerlich mit Abfällen Durchgefütterter Arbeit schafft: welches exzellente Lügenmaul wagt dann zu leugnen, daß hier zum Wohl der Allgemeinheit gewirkt werde?“

Es ist nicht die Aufgabe der sozialistischen Aerzte, die parteipolitisch verschieden eingestellt sind und den verschiedenen Parteien angehören, bestimmte politische Forderungen in dem weiteren Kampfe aufzustellen. Aber sie können und müssen jede Bewegung stützen und fördern, die sich dagegen aufbäumt, den Hohenzollern eine Liebesgabe von mindestens 125 Millionen Goldmark auszuhändigen. Und die 15 Millionen Wähler, die vor wenigen Monaten im Volksentscheid sich für die entschädigungslose Enteignung ausgesprochen haben, werden sich mit Entrüstung auflehnen gegen diesen Abfindungsvertrag, weil er unvereinbar ist mit dem Interesse des ganzen arbeitenden und notleidenden Volkes.

Volksmedizin

Ein ärztliches Volksbuch*) von E. Simmel

In der letzten Sitzung unseres Vereins hat Kollege Pohl das Problem der Kurpfuscherei, das die Aerzte in immer steigendem Maße beschäftigt, zum erstenmal von dem Gesichtspunkt aus beleuchtet, der für die Betrachtungsweise des sozialistischen Arztes allein sich als fruchtbar erweisen kann. — Er fragte nicht in erster Linie, wie bekämpfen wir die Schäden der Kurpfuscherei — sondern was ist Kurpfuscherei, und welche Bedeutung hat sie, in ihrer Entstehung sowohl wie in ihrer Auswirkung, als Teilphänomen unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Damit löst sich die Frage des Kurpfuschertums in drei Unterfragen auf: in die Beziehung zu einer Volkswissenschaft, zu einer Volksmedizin und erst zuletzt zu einer Frage der Laienbehandlung überhaupt. So gesehen, wird erst das Problem in den genetischen Zusammenhang einer historischen, ökonomischen und psychologischen Betrachtungsweise eingefügt. — Es soll hier den Ausführungen des Kollegen Pohl, die demnächst in unserer Zeit-

---

*) Das ärztliche Volksbuch. Gemeinverständliche Gesundheitspflege und Heilkunde in 2 Bänden. Hippokrates-Verlag. Stuttgart.

schrift erscheinen werden, nicht vorgegriffen werden. Nur zu der sich ergebenden Forderung, daß wir mit einer Volkswissenschaft auch eine Volksmedizin brauchen, und daß bestimmte Anforderungen an eine solche Volksmedizin gestellt werden müssen, soll hier ein praktischer Hinweis geboten werden.

Pohl beschäftigte sich eingehend mit der Frage, welche Gefahren aus einer Popularisierung medizinischen Wissens für den Laien entstehen könnten. Er befürchtet, daß aus dem Zuviel an Wissen über die somatisch-biologischen Zusammenhänge wie über die pathologischen Gefahrmöglichkeiten des Organismus eine Einschränkung der Lebensfreudigkeit bzw. eine Lähmung der Aktivität des Einzelnen sich ergeben könnte. — Demgegenüber möchte ich glauben, daß die Entscheidung über die Schwierigkeit der Problemlösung hier nicht von der Quantität des Wissens, das auch der Laie von seinem Körper haben kann, abhängt, sondern in erster Linie von der Qualität der Vermittlung dieses Wissens. — Das Wissensgebiet, das dem Nichtfachmann in der Medizin zugänglich gemacht werden kann, darf m. E. ruhig ein Teilwissen sein, wenn es nur nicht von Halbwissern, sondern von wirklich Sachverständigen begrenzt wird. —

Der Satz von Wilhelm Liebknecht: „Wissen ist Macht“ hat besonders auch für das medizinische Wissen Geltung. — Die Machtvollkommenheit des Proletariats wird sich steigern, je mehr der einzelne von den physiologischen und pathologischen Abläufen seines Organismus weiß. Der einzelne Proletarier wird dann in ganz anderem Maße für die Erhaltung und Mehrung des einzig ihm gehörenden Kapitals — nämlich seiner Gesundheit — kämpfen können, wenn er selbst bereits ein Wissender und nicht allein abhängig ist von den ihm mehr oder weniger unverständlichen Paragraphen gewerbehygienischer Gesetzesvorschriften, deren Beachtung doch schließlich dem Wohlwollen und letzten Endes dem Interesse des Arbeitgebers anheimgestellt ist. — Je mehr wirkliches, d. h. sachgemäß begrenztes medizinisches Wissen volkstümlich werden wird, desto mehr wird der wirklich Heilkundige Anerkennung und Unterstützung im Volke finden, jedwede Scharlatanerie aber, die wir ja nicht nur beim Kurpfuscher, sondern als Auswuchs einer Klassenmedizin auch bei manchen Aerzten finden, an Boden verlieren. —

Das alles hängt aber, wie gesagt, davon ab, von wem und in welcher Form ein solches Wissen an das Volk gebracht wird. — Das heißt, mit wirklicher Sachverständigkeit muß ein Lehrtalent verbunden sein, das unseren Anforderungen an eine zeitgemäße Pädagogik gerecht wird. — Nicht Wissensmaterial zur Erlernung muß geboten werden, sondern die Möglichkeit, mit dem Neuerwerb an Kenntnissen eigene geistige Produktivkräfte entfalten zu können.

All diese Forderungen scheinen in weitgehendem und sehr glücklichem Maße praktisch erfüllt durch das Erscheinen eines „Aerztlichen Volksbuches“, dessen Zustandekommen wir

zwei sozialistischen Aerzten, den Genossen Dr. Meng-Stuttgart und Dr. Federn-Wien, verdanken. — Diese beiden Autoren haben gemeinsam mit Dr. August Fießler ein Dozentenkollegium zusammengebracht, das, in vorbildlich gemeinsamer Arbeit, aus Erfahrung und Wissen sein Bestes für das Volk hergegeben hat. — Dieses Buch, das uns in zwei dicken Bänden mit insgesamt 893 Textseiten und vielem guten und instruktiven Bildmaterial vorliegt, stellt nicht mehr und nicht weniger als eine in jeder Beziehung einwandfreie Volkshochschule der Medizin dar. Führende Männer der Heilkunde, vielfach Direktoren von Universitätskliniken und Forschungsinstituten, lehren hier für das Volk über ihr Fachgebiet. Es ist selbstverständlich, daß solche Autoren keine Halbbildung vermitteln, sondern jeder für sein Spezialgebiet ein abgerundetes Wissen bietet.

Es ist dabei ein sehr glücklicher Gedanke, die Darstellung wie die inhaltliche Fülle nicht durch den Verzicht auf Fachbezeichnungen zu verflachen, da ein Buch wie dieses — aufgebaut auf der Grundlage medizinischer Wissenschaft — mit Begriffen arbeiten muß, die nur durch eine bestimmte Terminologie verständlich gemacht werden können. In einem gesonderten Fremdwörterlexikon finden daher die im Text notwendigen fremdartigen Termini eine belehrende und anregende Erläuterung. — Denn das Buch soll nach der ausdrücklich erklärten Absicht Dr. Mengs kein Nachschlagebuch für Krankheitsfälle sein, sondern ein Werk, das den Forschungs- und Wissensdrang des Gesunden befriedigt, ihn zu sachlicher Beobachtung anregt und so ihn von vornherein zur Prophylaxe ausrüstet. Der Leser erhält nämlich durch die Lektüre des Volksbuches nicht nur Kenntnisse von den Funktionen seines Organismus, sondern gleichzeitig einen Ueberblick über den modernen Stand der gesamten medizinischen Wissenschaft überhaupt. — So findet er nicht nur eingehend die gesamte Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers einschließlich der Sinnesorgane und des endokrinen Apparates dargestellt, sondern gleichzeitig, wissenschaftlich und doch gut verständlich, die Vorbedingungen von Gesundheit und Krankheit, d. h. die Gesetze der Vererbung und der Eugenik (Dr. Otto Kern), der Konstitution und des Körperbaus von Genossen Prof. Dr. Tandler-Wien behandelt.

Zum erstenmal wird hier auch das große Gebiet einer neuen Erfahrungswissenschaft, der Freudschen Psychoanalyse, in das Gesamtproblem der erkrankten Persönlichkeit eingefügt, und über ihre Forschungsergebnisse von wirklichen Fachleuten dieser Wissenschaft berichtet. — Die seelische Entwicklung des Kindes wird aufgezeigt, die Konsequenzen dargetan, die sich für die Erziehung aus der Entdeckung einer gesetzmäßig bedingten Sexualentwicklung ergeben, und gezeigt, wie durch Beratung in wichtigen Lebensfragen eine wirkliche Gesundheitsvorbeuge an die Hand gegeben wird. Nicht nur grob körperliche Krankheiten und Leiden sollen dadurch verhütet werden, sondern auch die bisher als krankhaft

weniger beachteten Störungen der intellektuellen und charakterologischen Entwicklung des werdenden Menschen. — Auch alle anderen modernen Bestrebungen der Medizin, sofern sie von ernsthaften Männern ernsthaft betrieben werden, finden, frei von jeder Polemik, eine ruhige und sachliche Darstellung, so daß der Laie wirklich auf Grund von Fachkenntnissen imstande ist, über die Grundfragen der Medizin, wie über Allopathie, Homöopathie, die physikalisch-diätetische Therapie und auch über die Fragen des Laienbehandlertums und andererseits okkulter Bestrebungen in der Heilkunst ein selbständiges Urteil sich bilden zu können. Doch bleiben die Forscher nicht etwa dabei stehen, nur die theoretischen Grundlagen und Anwendungsmöglichkeiten aller Spezialheilverfahren darzustellen, sondern es wird im einzelnen gründlich und dabei doch verständlich die tatsächliche Anwendungsform der einzelnen Therapien anschaulich vorgeführt. — Der Leser bekommt einen eindeutigen Begriff von der Physiotherapie wie von der Psychotherapie: von der modernen Chirurgie, von der Röntgen- und Strahlenbehandlung, von der Immuno- und Reiztherapie ebenso wie auch von der Psychoanalyse und auch hypnotischen Behandlung. Die Naturheilmethoden werden dargestellt und spezielle diätetische Lebensweisen (wie z. B. der Vegetarismus) ausführlich beleuchtet. — Die gesellschaftlichen Phänomene der Heilkunde werden gleichfalls in ihren Umrissen sehr instruktiv veranschaulicht, wie die soziale Versicherung, die gerichtliche Medizin und die Gewerbehygiene.

Das ganze Buch ist dabei von Anfang bis zu Ende von der klaren, uns sozialistischen Aerzten besonders sympathischen Tendenz durchzogen, daß die hohe, undurchsichtige Mauer, die bisher das Volk von dem gelehrten Arzt trennte, zu fallen hat. Trotzdem wird der Laie, der seinen Einblick in die moderne Heilkunde gerade durch dieses „Aerztliche Volksbuch" empfängt, keineswegs selbst in Versuchung geführt, zu kurpfuschen. Denn dazu weiß er bereits zuviel von der Materie. — Er erfährt nämlich, neben einem historischen Rückblick über die Entwicklung der Medizin überhaupt, auch sehr Wesentliches über den Aufwand an Zeit und Mühe, den ein Student aufbringen muß, bis er nach sechsjähriger Beschäftigung mit den Dingen, von denen das Buch erzählt, es endlich wagen kann, Arzt zu werden. — Die aus dem „Aerztlichen Volksbuch" geschöpften Kenntnisse werden darum das Ansehen und die Kompetenz des Arztes im Volk keineswegs schmälern, im Gegenteil, den Laien zu seinem verständigen Mitarbeiter erziehen helfen. — Freilich wird der künftige Patient kritischer sein als bisher und Aerzte ablehnen, deren unnahbare Autorität sich nur auf unleserlich geschriebene Rezepte oder ein absolutes Frageverbot für den Kranken stützt.

Wollte ich das Buch noch mehr empfehlen, so brauchte ich nur das Inhaltsverzeichnis seiner beiden Bände abzudrucken. Der Leser würde sehen, daß es sich tatsächlich um eine Enzyklopädie der gesamten Medizin, für den Laien dargestellt handelt. — Gewiß

lassen sich gerade von sozialistischer Seite aus für eine spätere Auflage noch manche Anregungen für bestimmte Gebiete, wie z. B. für die Kapitel „Sozialhygiene“ und „Lebensreform“ geben. Aber schon heute freuen wir uns mit Genugtuung an diesem „Aerztlichen Volksbuch“. Seine Lektüre läßt aus der Volks*medizin* eine wirkliche Volks*wissenschaft* werden, die der Laie nicht *nur* aus Vorsorglichkeit für die Erhaltung seiner Gesundheit studieren soll. Nein, die Anregung und Anleitung, die ihm zu wissenschaftlichem Sehen und Denken hier gegeben wird, erhöht die Lektüre des Buches zu dem Wert von Feierstunden, in denen der Mensch den Menschen selbst, als Kunstwerk der Natur, in seinem Aufbau bewundern lernt.

Sozialismus und Psychoanalyse

Grundgedanken eines Vortrages, gehalten im »Verein Sozialistischer Ärzte«
von Dr. Siegfried Bernfeld, Berlin

Es wäre eine Frage von entscheidender Wichtigkeit: Welche Bedeutung hat die Psychoanalyse für das Proletariat, d. h. was und wie hilft sie ihm bei seinem Klassenkampf? Eine Antwort auf diese Frage würde bereits das Problem nach einer praktischen Nutzanwendung der Psychoanalyse auf das politische Massengeschehen stellen. — Ein derartiges Vorgehen erscheint verfrüht, solange nicht eine vergleichende Betrachtung der Psychoanalyse und des Sozialismus eine allgemeine *theoretische* Basis geschaffen hat. Darum sollen sich meine heutigen Ausführungen lediglich der Frage zuwenden: Ist die Psychoanalyse (als Wissenschaft) mit dem Sozialismus als Wissenschaft, dem Marxismus, vereinbarlich oder besteht zwischen ihnen ausschließender Gegensatz?

Die Psychoanalyse erhebt drei verschiedene Ansprüche, die für unsere eingeengte Fragestellung von verschiedener Bedeutung sind. Die Psychoanalyse behauptet 1. ein *Heilverfahren* zu sein, das gewisse seelische Erkrankungen zu heilen oder zu bessern vermag. Dieser Anspruch hat wenig Bedeutung für unser Problem. Es ist selbstverständlich, daß die Psychoanalyse, soweit sie Praxis von Privatärzten ist, die auf zahlungsfähige Patienten angewiesen sind, im Sinne und zugunsten der bürgerlichen Klasse angewendet wird. Ebenso selbstverständlich kann sie, unter Herrschaft des Proletariats, im Sinne und zum Nutzen der proletarischen Klasse verwendet werden. Sie ist ein Zweig der Medizin; und folgt den Gesetzen der Medizinpraxis in der Klassengesellschaft.

2. ist die Psychoanalyse eine *praktische Psychologie*. Sie behauptet über die Dynamik des seelischen Geschehens eine Reihe Tatsachenerkenntnisse zu besitzen, die im Prinzip zur Beeinflussung psychischer Vorgänge sowohl von Einzelnen als von Massen dienen könnten. Da hier zu prüfen wäre, ob diese praktische Psychologie für die Technik des Klassenkampfes ver-

wendbar ist, und ob ihre Hilfe wichtige oder bedeutungslose Gebiete des Kampfes betrifft, würde an sich gerade dieser zweite Anspruch der Psychoanalyse von größtem Interesse für uns sein. Aus dem einleitend genannten Grunde scheidet diese Prüfung hier aus.

3. ist die Psychoanalyse eine Psychologie, d. h. Wissenschaft vom Seelischen; u. zwar zieht sie ihren Aufgabenkreis weiter als jede andere bisherige wissenschaftliche Psychologie. Sie erfaßt einheitlich die bewußten und die unbewußten, die individuellen und die kollektiven seelischen Vorgänge. Diese Psychologie könnte mit dem Marxismus unvereinbarlich sein, wenn sie A) in Bezug auf seelische kollektive Vorgänge zu Resultaten käme, die den Marx'schen Resultaten widersprächen; oder wenn sie B) notwendigerweise zu außerwissenschaftlichen Konsequenzen führte, die den notwendigen Konsequenzen des Marxismus, z. B. den politischen, entgegen wären. Diesen beiden negativen Kriterien steht ein positives Kriterium gegenüber. Die wissenschaftliche Methode der Freud'schen Psychologie könnte C) eine äußerst nahe Verwandtschaft zur wissenschaftlichen Methode der Marx'schen Sozialwissenschaft aufweisen. Wäre dies der Fall, so müßte — bei abgelehnten negativen Kriterien — die Vereinbarkeit der beiden Lehren vermöge ihrer gemeinsamen oder verwandten Denkweise erwiesen sein. Untersuchen wir zunächst dieses positive Kriterium C).

a) Die Psychoanalyse unterscheidet sich von der offiziellen Psychologie durch ihren genetischen Standpunkt. Die Psychoanalyse betrachtet niemals seelische Erscheinungen, als solche, als allgemeine, sie geht auch keinen allgemeinen imanenten psychischen Gesetzmäßigkeiten nach. So wenig, daß ihr nicht einmal Termini wie Wille, Gefühl, Vorstellung wichtig und sinnvoll sind. Unter den genetisch-psychologischen Schulen ist sie die Konseqenteste. Sie ist unter ihnen die einzig historisch betrachtende; denn für sie ist die seelische Entwicklung, die Genese, nicht bloß ein vornehmliches Objekt ihrer Forschung, sondern schlechthin ihr einziges Forschungsprinzip und -Ziel. Die Psychoanalyse ist ganz ausschließlich und bedingungslos an die Erforschung der Geschichte jener Phänomene gebunden, die überhaupt Gegenstand ihrer psychologischen Betrachtung werden. Jede psychoanalytische Betrachtung geht aus von einem konkreten Fall. Sei es eine Fehlhandlung, ein Traum, ein Symbol oder ein soziales Verhalten (soziale Einrichtung). Ihre Aufgabe ist: zu ergründen, wie dies Faktum entstand, sie geht in den Erlebnissen des Individuums, das die zu erforschende Erscheinung aufwies, theoretisch bis zu dessen allerersten Erlebnissen und psychischen Reaktionen zurück. Das in Frage stehende Phänomen gilt der Psychoanalyse als „verstanden", wenn seine Determinanten in der Vorgeschichte des Phänomens (also in der Geschichte des Individuums, gegebenenfalls der Menschheit, oder des Lebenden).

aufgefunden sind. Sie ist nur soweit nicht Individualpsychologie, als sie induktiv typische und allgemeine Mechanismen der seelischen Abläufe feststellt oder hypothetisch annimmt. Aber ihre Begriffe sind nicht „allgemeine“ (Trieb heißt: konkrete Triebregung; Aufmerksamkeit; Aufmerksamkeitsakte), auch nicht Prinzipien in irgendeinem philosophischen Sinn (Lustprinzip ist: eine Reihe typischer durch Lusterlebnisse motivierter Verhaltungsweisen, Ödipuskomplex: eine real erlebte, typisch wiederkehrende Situation). Die Methode der Psychoanalyse muß als historische bezeichnet werden, will man ihre Spezifität gegenüber anderen psychologischen Betrachtungsweisen charakterisieren.

b) Die Psychoanalyse unterscheidet sich von jeder bisherigen Psychologie dadurch, daß sie prinzipiell, ausschließlich und konsequent, materialistisch ist, oder, besser gesagt, ihre Denkweise als materialistische zu bewerten ist. Das Wort materialistisch ist weder glücklich noch eindeutig; ich verwende es, weil die identische Denkweise in der Anwendung auf die Sozialwissenschaft als materialistisch bezeichnet und bewertet wird. Materialistisch bedeutet hier nicht mechanistisch. Die Psychoanalyse ist keineswegs eine mechanistische Psychologie (so wenig etwa die ökonomische Geschichtsauffassung eine mechanistische ist). Aber die Denkweise der Psychoanalyse ist das volle Gegenstück zu jeglicher Art Idealismus. Denn sie hat eine entschiedene und konsequente „Feindschaft“ gegenüber allen „Werten“, allen angeblich eigengesetzlichen geistigen Phänomenen, allen als „absolut“, „objektiv“, „unableitbar“ erlebten psychischen Inhalten. Dies gilt für die individuellen psychischen Vorgänge und für die kollektiven gleicherweise. Sie anerkennt kein psychisches Phänomen als „Wert“, sondern führt es allemal zurück, reduziert es allemal auf seelische Erscheinungen eines niedrigeren Wertgrades (gemessen an der üblichen oder philosophischen Wertskala). Darum mutet die Psychoanalyse vielfach so fremdartig an, erfährt sie so viel Feindschaft, weil sie beinahe behauptet, alle geistigen Erscheinungen, die man gewöhnt ist, als höhere zu verehren: Sittlichkeit, Liebe, Religion, Kunst, Wissenschaft, seien entstellte Äußerungen des primären Sexualtriebes. Da der Sexualtrieb in der Rangordnung der philosophischen und populären Werte als „niedrig“ eingeschätzt wird, muß die Psychoanalyse als eine Bestrebung erscheinen, die „alles nur“ als Sexualtrieb auffasst. Die Psychoanalyse behauptet natürlich nicht, daß es keine Werte gäbe, eben weil sie ganz und gar unmetaphysisch, lediglich Wissenschaft ist; aber als Psychologie sieht sie vor ihnen nur die Aufgabe, sie als aus elementaren Phänomenen (vor allem aus der Sexualität, wenn auch nicht ausschließlich aus ihr) als historisch geworden zu erweisen, sie zu reduzieren. Auch in ihrem zweiten Hauptbegriff, dem des Unbewußten, beherrscht die Psychoanalyse diese selbe „materia-

listische" Tendenz. Was wir an Motiven für unser Handeln erleben, sind allermeistens „nur" vorgeschobene Motive, die anstelle von unbewußten stehen. Diese sind verdrängt (unbewußt, unbemerkt), jene imponieren als einzige vorhandene, als edle, heilige — eben damit die unbewußten niedrigeren sich doch durchsetzen können. Diese Identität der Denkweise — des Forschungsakzentes — bei Freud und Marx ist Gegnern von beiden aufgefallen. Spranger bezeichnet sie beide als Materialisten, wobei er freilich überdies materialistisch mit mechanistisch verwechselt. Im Sinne Sprangers — und des Bürgertums überhaupt, das er repräsentiert — sind Marx und Freud „destruktiv". So wird Marx etwa den kriegerischen Patriotismus als ideologischen Überbau über imperialistischen Klasseninteressen erklären, Freud in der patriotischen Begeisterung eines Kriegsfreiwilligen den Anteil sadistischer Triebregung feststellen. Jedenfalls werden beide den Patriotismus nicht als eigengesetzlichen Wert vor analytischem Reduzieren respektvoll schützen.

Man wird vielleicht einwenden, der „materialistische" Charakter sei in der Freud'schen Psychologie bloß ein nebensächlicher Zug, da einer ihrer wichtigsten Gedanken sei: körperliche Erscheinungen werden durch psychische Prozesse herbeigeführt. Nun ist freilich richtig, daß Freud keineswegs den vulgären sogenannten Materialismus der älteren Naturwissenschaft übernommen hat. Die alte Vogt'sche Formel: „Der Gedanke ist ein Sekret des Gehirns, wie das Hirn ein Sekret der Niere" wird von der Psychoanalyse nicht bestätigt. Aber Freud ist noch weiter entfernt von idealistisch-metaphysischen Umbiegungen, die zuweilen, etwa mit der Formel „Der Geist baut den Körper", versucht werden. Diese Formel ist strikt und prinzipiell un-Freudisch. Jene Vogt'sche Prägung hingegen ist bloß unrichtig. Freud nimmt nicht solch direkten — sekretorischen — Zusammenhang zwischen hochkomplizierten psychischen Gebilden und körperlichen Funktionen an. Ihm erscheint hier die Kausalität fein und kompliziert konditioniert. Die komplizierten psychischen Gebilde versteht Freud als Schicksale der Libido oder Vorgänge mit psychischer Energie, die nicht, oder nur selten, direkt körperlich bedingt sind, gelegentlich sogar körperliche Vorgänge beeinflussen können (z. B. im hysterischen Symptom). Aber letzten Endes erwartet Freud — wie er immer wieder betont — von der Forschung den Anschluß der libidinösen (bzw. psychisch-energetischen) Prozesse an die chemischen Umsetzungen der körperlichen Energie. In Paranthese: Auch Marx nimmt nicht etwa vulgär an, die „Ideologie sei das Sekret der Fabrik", sondern die Ideologie entsteht indirekt aus den Produktionsverhältnissen, nämlich vermittels der einzelnen denkenden, erlebenden Menschen, die in bestimmten Produktionsverhältnissen leben; und gelegentlich hat auch die Ideologie gewisse Rückwirkungen auf die Produktionsverhältnisse.

Man wird darum Marx nicht als unmarxistischen Denker bezeichnen, weil er die naive Simplizität der vulgären marxistischen Popularphilosophie nicht teilt.

c) Wenn die Psychoanalyse auch im Sinne ihrer materialistischen Tendenz alle seelischen Erscheinungen in einer Richtung deutet, so führt sie doch keinen einfachen Monismus durch, indem sie nicht einen einzigen Trieb als Grundelement des Psychischen ansieht. Vielmehr gehört es zu den wesentlichen Denkweisen der Psychoanalyse, Gegensatz-Begriffe zu bilden. Den Sexualtrieben stehen die Ichtriebe; dem Narzismus die Objektlibido; dem Eros der Todestrieb gegenüber; Lustprinzip und Realitätsprinzip; Ich und Es; Individuum und Außenwelt sind Gegensätze, die zum innersten Denkgerüst der Freud'schen Psychologie gehören. Zwar ist auch in der Aufstellung und Verwendung dieser Gegensatzpaare die Psychoanalyse konsequenter als andere psychologischen Schulen, doch ist sie natürlich nicht die einzige, die sie verwendet. Aber nur ihr kommt zu: 1. daß diese Begriffe als echte Polaritäten — und nicht als Dualismus — gemeint sind. Eros ist ohne Todestrieb garnicht denkbar und umgekehrt. „Ich" zu sagen, ohne Triebe in der Innenwelt und eine Außenwelt als Gegensätze mitzudenken, hat für die Psychoanalyse überhaupt keinen Sinn. Für sie sind die Gegensätze Polaritäten, die einander gegenseitig setzen. 2. Der methodische Sinn dieser Polarität ist, daß sie ermöglicht, die polaren psychischen Gegensätze als Identitäten zu erfassen. Also nicht monistische und nicht dualistische Prinzipien beherrschen die wissenschaftliche Methodik der Psychoanalyse, sondern D i a l e k t i k. Die gesamte Deutungstechnik ist (prinzipiell) dialektisch. Die völlige Fassungslosigkeit, das völlige Unverständnis, das viele gutwillige Psychologen (aller anderen Schulen) gegenüber der methodischen Rechtfertigung dieses psychoanalytischen Verfahrens aufweisen, erklärt sich z. T. daraus, daß der Charakter der Psychoanalyse, als erster Versuch, erster Ansatz dialektischer Psychologie ihnen unerkannt bleibt. 3. Die Dialektik der Psychoanalyse, nicht die ihrer eigenen Begriffe, sondern die Psychoanalyse erfaßt mit ihr die Wirklichkeit psychischen Geschehens, das tatsächlich in dialektischer Bewegung vorschreitet. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Auffassung der psychischen Entwicklung. Ich sagte schon oben, welche Bedeutung die Tatsache der Entwicklung für die Psychoanalyse hat. Sie ist ganz eigentlich die Wissenschaft von der Seelengeschichte des Einzelnen und der Menschheit. Diese Geschichte, wie jede, hat ihre Motive nicht in Dispositionen und Aktualerlebnissen, ist weder Entwicklung noch Entfaltung, ist auch nicht Resultat irgend einer Art von Kompromiß oder Konvergenz dieser Faktoren, sondern ein dialektisches Fortschreiten. Freud hat nirgends seine Auffassung von „Entwicklung" explicite formuliert. Aber es ist kein Zweifel, daß er im konkreten Fall

nie anderes gesucht hat als: jedes Entwicklungsstadium hat Gegensätze in sich, die unleidliche Konflikte erzeugen, und so eine Lösung erzwingen; die Lösung geschieht mit den Mitteln, die der Konflikt selbst enthält und ergibt ein neues Stadium, dessen Konflikte die „Entwicklung" einen Schritt weitertreiben. Beispielsweise: Der vorgeburtliche Vollnarzismus tendiert nach der Geburt immer aufs Neue, die (embryonale) Ursituation wiederzugewinnen. Im Kampf darum (Ernährung zum Zweck der Sättigung, die allein den Schlaf ermöglicht; der Schlaf = narzistische Situation) entsteht die Lust. Der Konflikt zwischen Schlafruhe (Todestrieb) und Lust (Erostrieb) führt zur Stufe der Objektbesetzung. Die Objektlibido führt zur Ödipussituation. Die Kastrationsangst entstanden in den Konflikten der Ödipussituation zwischen Ich und Außenwelt treibt in die nächste Stufe: Bildung des Überichs. Es würde den Rahmen dieses Vortrags weit überschreiten, und verlangte von den Zuhörern eine genaue Kenntnis der Psychoanalyse, wollte ich im Einzelnen den hier behaupteten dialektischen Charakter der Freud'schen Psychologie erweisen, ohne den Eindruck abstrakter Spekulation zu erwecken; während in Wahrheit die psychoanalytische Dialektik die konkreten seelischen Geschehnisse im Individuum in seiner Umwelt (Natur- und Gesellschaftswelt) beschreibt und versteht.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der materialistische, und noch weniger der dialektische, Charakter der Freud'schen Methode von der Psychoanalyse bisher nicht bewußt anerkannt und daher auch, was die Dialektik angeht, nicht mit völliger Konsequenz durchgeführt ist. Die Freud'sche Psychologie ist keineswegs d i e dialektische Psychologie. Diese ist eine Zukunftsaufgabe. Freud steht jeder verfrühten Systematik feindlich gegenüber; er ist sich des fragmentarischen Charakters seiner, jeder Wissenschaft zu deutlich bewußt; und manchen Tatsachenkomplex hat er — insbesondere in den früheren Phasen seiner Forschung — ohne systematische Durcharbeitung belassen, manchen teilweise mit den Methoden der nichtpsychoanalytischen Psychologie gedeutet. Aber jede der Revisionen, die Freud an seinen früheren Arbeiten so häufig vornimmt, war ein Schritt weiter im Sinne der dialektischen Durchdringung. So ist die Psychoanalyse heute ein sehr bedeutender — und gewiß der erste — Ansatz einer dialektischen Psychologie. Richtig ist auch, daß Freud selbst wenig Reflexionen über seine eigene Denkweise und die Methode der Psychoanalyse anstellt, daß sich daher bei ihm weder die Charakterisierung der Psychoanalyse als materialistisch noch als dialektisch findet. Hingegen ist die Behauptung von Jurinete und Thalheimer, die Psychoanalyse sei idealistisch-metaphysisch und bloß in unwesentlichen Punkten (und nur zum Schein) dialektisch auf weitestgehender Unkenntnis der Freud'schen Lehre, auf oberflächlichem Laienverständnis aufgebaut.

Die Methode der Psychoanalyse, ihr Erkenntnisziel und ihr Forschungsakzent entspricht für ihren Gegenstand — die Geschichte des Seelenlebens — der Marx'schen Betrachtungsweise seines Gegenstandes — der Geschichte der Gesellschaft. Diese innere Verwandtschaft beider Lehren ist nicht zufällig, sondern versteht sich von selbst, da Seelenleben und Gesellschaftsleben dialektische Prozesse sind, und die richtigen Erkenntnisse in der bewußten Entdeckung dieser ihrer Natur bestehen. Was natürlich nicht ausschließt, daß die Einzelergebnisse der Psychoanalyse von künftiger Forschung korrigiert werden können.

Nach dieser Feststellung genügt für die Erörterung der beiden negativen Kriterien eine kurze Andeutung. A) Freud hat bisher noch nie in den Gegenstand der Marx'schen Forschung eingegriffen. Seine Arbeiten über „Totem und Tabu", über die „Massenpsychologie" und seine verstreuten Bemerkungen über Fakten der Kulturgeschichte behandeln lediglich die Ideologie oder psychische Prozesse Einzelner innerhalb einer Gruppe. Seine Fragestellung bezieht sich ausschließlich auf jene Probleme, die von Marx nie behandelt, sondern bloß als vorhanden aufgestellt wurden. Er fragt unter völliger Ablehnung jeder Art von „Kollektiv-Seele" nach den Vorgängen im Individuum; danach, wie es unter gegebenen Gesellschaftsbedingungen reagiert. Wo er Fragen der Ur-Geschichte, der Entstehung gesellschaftlicher Phänomene berührt, wird die letzte Zurückführung auf äußere Not — auf die wirtschaftlichen, die Produktionsverhältnisse — als außerpsychologische oder noch offene Frage zurückgestellt. (Die Ursublimierungen sind nach Freud die individuellen Mechanismen, mittels deren neue Produktivkräfte für die aus wirtschaftlicher Not entstandene Anforderung zu veränderten Produktionsverhältnissen zur Verfügung gestellt wurden: der Sexualtrieb erlitt Einschränkungen.) Andererseits hat Marx das Problem — eben das von Freud, freilich sehr anfänglich erst, angeschnittene — nicht behandelt: wie die psychischen Mechanismen beschaffen sind, mittels deren in den Köpfen der lebenden und wirtschaftenden Menschen gegebene Produktionsverhältnisse die ihnen entsprechende Ideologie erzeugen. Die Konkurrenz von sozialwissenschaftlichen und psychologischen Erklärungen desselben Phänomens kann noch nicht zu Gunsten des einen entschieden werden, weil sie, vorläufig wegen des geringen Ausbaues beider Lehren auf dem Grenzstreifen noch nicht stattfand. Psychoanalytischerseits wenigstens nicht von maßgebenden Autoren.

B) Jede Wissenschaft ist im Dienste jedes Wertes, jedes Klasseninteresses verwendbar, es ist dazu nur nötig, sie an diesem oder jenem Punkt ihrer Wissenschaftlichkeit zu berauben. Irgend eine politische oder metaphysische Weltanschauung folgt aus der Psychoanalyse notwendigerweise nicht. Bei konsequenter Festhaltung ihres historisch-materialistisch-dialektischen

Methodengeästes ist es unmöglich, Konsequenzen zu ziehen, die einer historisch-materialistisch-dialektischen Sozialwissenschaft widersprächen. Jedem denkbaren Grad rechter oder linker marxistischer „Abweichung" entspricht ein äquivalenter Grad psychoanalytischer „Abweichung". Freud hat sich nirgends als Sozialist, aber ebensowenig irgendwo als Gegner des Sozialismus bekannt. Bei seiner einzigartigen Zurückhaltung in jeglicher Wertung, wird es schwer halten, auch nur einen beiläufigen „reaktionären" Satz von ihm — wohlverstanden — zu zitieren. Daß sein Werten „bürgerlich" beeinflußt ist, läßt sich am praktischen Begriff „Krankheit" zeigen, und ist auch sonst wahrscheinlich. Daß dies aber niemals an einer nur einigermaßen wichtigen Stelle seiner Forschung geschah, ist ein sehr beachtenswertes Faktum, das wohl keinem anderen „bürgerlichen" Forscher nachgerühmt werden kann, gewiß keinem Psychologen.

Diskussionsbemerkungen von Otto Kaus:

Wenn man die Forderungen formuliert, welche der Marxismus an eine wissenschaftliche Psychologie zu stellen hat, so muß man vom Begriff der Vergesellschaftung ausgehen, der dem marxistischen Theorem zugrunde liegt. Die marxistischen Theoreme gelten nur innerhalb des Bezugssystems des vergesellschafteten Menschen — außerhalb dieses Bezugssystems sind sie sinnlos. Auf die Gesellschaft der Affen ist der Marxismus nicht anwendbar. In dieser Forderung begegnet sich der Marxismus mit dem führenden Leitgedanken der wissenschaftlichen Psychologie, wie sie von der Individualpsychologie Alfred Adlers ausgebaut wurde. Die Individualpsychologie geht auch von der Erkenntnis aus, daß man nicht den unscheinbarsten psychologischen Einzelablauf im Einzelindividuum verstehen und erklären kann, wenn man nicht ständig auf die Probleme der Vergesellschaftung zurückkommt. Vor aller Soziologie muß das Problem gelöst werden: wie ist menschliche Vergesellschaftung überhaupt möglich. Dieses Problem führt zu jenen allgemeinen biologischen Gesichtspunkten, von denen Adler in seiner Minderwertigkeitslehre ausgeht: der Mensch entwickelt sein Gemeinschaftsgefühl als Kompensation seiner Schwäche. Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der wechselnden „Minderwertigkeitspositionen" und der vom Kollektiv erarbeiteten (tauglichen und mindertauglichen) Sicherungen. Als falsche, „neurotische" Sicherungen sind auch die vom Klassenstandpunkt aus widersinnig erscheinenden Einstellungen zu verstehen. Der Satz, daß das „Sein das Bewußtsein bestimmt", wird erst durch die individualpsychologische Theorie, daß das Individuum seine Ziele und Leitlinien entsprechend seinen vom Sicherungsstreben verarbeiteten Erfahrungen ausbildet, zu lebendiger Anschaulichkeit erhoben. Freud sieht nur die sexuelle Beziehung im Menschen und kann auch die sexuelle Beziehung nicht

als soziale Beziehung werten. Seine Psychologie ist nicht einmal zur Apperzeption der Probleme gediehen, welche im biologischen, phänomenologischen Befund als solchen gelegen sind. Die Beziehungen, welche der Vortragende zwischen Psychoanalyse und Marxismus konstruieren wollte, lassen sich zwischen allen naturwissenschaftlich konzipierten Theoremen herstellen und besagen über die wesentlichen Zusammenhänge gar nichts.

Frau Dr. Lantos: Der Marxismus hat die Entwicklung der menschlichen Geschichte aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten erklärt, die Beziehungen der Klassen zueinander als von ihren wirtschaftlichen Interessen bedingt aufgezeigt. Dabei hat Marx selbst darauf hingewiesen, daß Lebensformen, Ideologien, gesellschaftliche Einrichtungen sich mit einer bemerkenswerten Zähigkeit halten, wenn ihre wirtschaftlichen Bedingungen längst geschwunden sind. Hier zeigt sich ein gewisser Konservativismus, Festhalten am Alten, was Marx als Tatsache konstatierte, ohne eine erschöpfende Erklärung dafür zu geben. Diese Erklärung kann nur von der psychologischen Seite her gegeben werden; und es wird sich wohl hier, wie bei jedem nicht rationalen, der realen Notwendigkeit nicht angepaßten Verhalten um unbewußte Fixierungen handeln. So könnte die psychoanalytische Unternehmung die inneren Zusammenhänge dieser Erscheinungen aufdecken und somit eine Handhabe dem Kampf gegen Konservativismus, gegen soziale Infantilismen, geben.

Auch die Tatsache, daß große Gesellschaftsklassen gegen ihre eigenen Interessen handeln, bedarf noch einer näheren Aufklärung. Gewiß muß man hier an Mangel der Erkenntnis, der Aufklärung, denken. Aber es bleibt immer noch zu klären, ob es nur auf Unterdrückung, mangelnde Aufklärung und ähnliche sicherlich in erster Linie ausschlaggebende Momente zurückzuführen ist, daß gerade die Unterdrückten sich leichter über ihre Klasseninteressen täuschen lassen, als die herrschenden Klassen. Es taucht der Verdacht auf, daß hier ein unbewußter infantiler Autoritätsglaube mitwirkt, daß ein seelischer Verschiebungsprozeß von persönlich wichtigen Autoritätspersonen auf sozial mächtige Personen stattgefunden hat. Nur wenn die Rolle des Personenkults einigermaßen geklärt ist — und das kann sicher nur psychoanalytisch geklärt werden — kann dieser Kult in die sozial richtigen, den proletarischen Klassenkampf fördernden Bahnen gelenkt werden.

Manche Marxisten sagen, daß die Marxistische Theorie eine erschöpfende Kenntnis der menschlichen Gesellschaft vermittelt, und die Freudsche Psychoanalyse nichts Neues und Brauchbares in diesem Gesellschaftsbild bringen kann. Das ist sicher nicht im Sinne Marx' gedacht. Gewiß sind alle menschlichen Einrichtungen, auch die wechselnden Formen des Sexuallebens, von dem wirtschaftlichen

Unterbau abhängig. Warum aber die menschliche Seele auf die ihr auferlegten Einschränkungen und Entbehrungen reagiert, welche Krankheiten und Verkümmerungen sie sozial und individuell erleiden mußte, dies im einzelnen zu untersuchen, lag nicht im engeren Arbeitsgebiet des Marxismus. Freud leugnet nicht — betont im Gegenteil oft — die Bedingtheit der seelischen Entwicklung von der sozialen Grundlage. Sein Arbeitsgebiet erstreckt sich aber insbesondere auf die Erforschung der seelischen Reaktionen, auf die vorhandenen Bedingungen. Die Psychoanalyse ist jedenfalls die einzige psychologische Lehre, die an die Tatsächlichkeiten des Lebens mit einem gewissen Bekennermut herantritt, und die krankheitserregenden Unzulänglichkeiten der heutigen Erziehung und Geschlechtsmoral als notwendige Folge unserer heutigen sozialen Organisation aufweist. Es handelt sich nicht um einen Gegensatz zwischen Marxismus und Freudismus, vielmehr um eine Möglichkeit der Bereicherung des Marxismus auch von dieser Seite her.

Rechtsanwalt Dr. Ed. Alexander (Autoreferat):

Gen. Alexander knüpft an die Bemerkung der Vorrednerin an, daß die Tatsache der Wahl Hindenburgs durch die überwiegend proletarischen und proletarisierten deutschen Wählermassen nicht marxistisch — rein ökonomisch — erklärt werden könne, sondern daß hier die Psychoanalyse einzugreifen habe. Er wundert sich, daß die Vorrednerin bei dieser Gelegenheit den Oedipus-Komplex nicht durch den Hindenburg-Komplex ergänzt habe. Diese Zuhilfenahme der Psychoanalyse zur Erklärung eines gesellschaftlichen (ökonomischen, sozialen oder politischen) Tatbestandes ist nur die Flucht vor dem Marxismus, vor dem eigentlichen Problem, gesellschaftliche Erscheinungen nach gesellschaftlichen Gesetzen, d. h. marxistisch, zu erklären.

Gerade der Hindenburg-Komplex der Vorrednerin zeigt, daß der Freudismus und der Marxismus nichts gemein haben. Gen. Alexander, der den ganzen Vortrag des Referenten nicht hat hören können, beschränkt sich darauf, das in wenigen Bemerkungen darzutun.

Der Marxismus ist die Lehre von der Veränderung der Welt. Sein Forschungsgebiet ist der vergesellschaftete Mensch, die unendliche Gesellschaft, ist die Aufdeckung objektiver ökonomischer Gesetze, die Lehre von den Klassen und ihren Ideologien, vom Staat als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klassen und von der Politik, die aus diesen Gesetzmäßigkeiten folgt: die Lehre von der Organisierung der Revolution.

Der Freudismus ist besten Falles eine Erklärung — nicht einmal eines objektiven gesellschaftlichen Tatbestandes, sondern

von individuellen Beschwernissen und „Seelenvorgängen". Das *Individuum*, nicht der vergesellschaftete Mensch, die Gesellschaft, steht im Mittelpunkt des Freudismus, die „Seele des Individuums", eine metaphysische, idealistische Vorstellung, die mit dem Marxismus nichts gemein hat. Diese Seele ist der Forschungsgegenstand des Freudismus. Sie erklärt er aus dem einen Punkt, aus dem alles zu kurieren; wodurch, so „stofflich" das Sexuelle auch sein mag, der marxistische Materialismus dennoch nicht erreicht wird. Zu Vergesellschaftung dringt Freud überhaupt nicht vor. Soweit er über die Einzelmenschen hinausgeht, besteht dieses Hinausgehen nur in dem Nebeneinanderreihen von Individuen. Ein Nebeneinanderstellen von Individuen, die von allen möglichen Komplexen behaftet sind, ergibt noch lange nicht die menschliche Gesellschaft mit ihren ökonomischen, politischen, sozialen Gesetzen, ihren Klassen, ihrem Staat.

Es ist kein Zufall, daß der Freudismus dort gewachsen ist, wo auch die Grenznutzungstheorie ihre höchste Blüte erreicht hat: in *Wien*. Wie *Bucharin* die Grenznutzungslehre *Böhm-Bawerks* mit Recht als die *Oekonomie des Rentners* bezeichnet hat, so kann man den Freudismus als die *Medizin des Rentners* bezeichnen. Es sind die Seelenschmerzen des parasitären, von Renten lebenden Bourgeois, die das Gebiet des Freudismus ausmachen. *Thalheimer* im „Banner des Marxismus" hat mit seiner materialistischen Erklärung des Freudismus vollkommen recht.

Wenn so der Freudismus als eine Ergänzung oder gar als ein Fundament des Marxismus abzulehnen ist, so heißt das nicht, daß er nicht eine gewisse Bedeutung für die Medizin haben kann, also gerade auf dem Gebiet, auf das der Referent nicht eingegangen ist. Der Freudismus, der die Medizin des Rentners zu einer Ideologie ausbaut, unterliegt selbst der marxistischen Erklärung. Die Neurosen, die er heilen will, sind selbst ein Produkt einer zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft. Die Medizin und Ideologie des Freudismus entstehen da, wo diese Neurosen als Zerfallprodukte auftreten. Und da die Zerfallerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft, solange das Proletariat sich noch nicht befreit hat, auch Teile des Proletariats ergreifen, so ist es keineswegs ausgeschlossen, nicht einmal verwunderlich, daß manche Proletarier auch unter diesen Neurosen des bürgerlichen Zerfalls leiden und daß auch für sie die Freudsche Methode unter Umständen als Medizin nützlich sein kann.

Die Ablehnung des Freudismus als Ergänzung des Marxismus heißt nicht, daß der Marxismus jeder Psychologie feindlich ist. Nur muß die marxistische Psychologie anknüpfen an die objektiven gesellschaftlichen Gesetze, sie muß eine *Psychologie der Klassen* sein, hergeleitet aus ihrer besonderen sozialen Lage. Der Freudismus fördert nicht diese marxistische Psychologie, sondern er versperrt den Weg zu ihr.

Otto Müller: Genosse Dr. Bernfeld hat sein Vortragsthema in „Psychoanalyse und Marxismus“ umgeändert und eine bestimmte Abgrenzung seines Stoffes vorgenommen, so daß er sich schließlich damit begnügte, mehr oder minder formale Analogien zwischen den Denkformen der Psychoanalyse und des Marxismus aufzuzeigen.

Weise Beschränkung auf ein eng umgrenztes Gebiet ist in der Regel im Hinblick auf die Gründlichkeit der Betrachtung zu begrüßen; aber mir scheint es nicht gleichgiltig zu sein, auf was man sich beschränkt. Bernfeld hat in seiner Einleitung selbst betont, daß es vielleicht die interessanteren Gebiete sind, die er in seinem Vortrag n i c h t berühren wollte. Warum eigentlich nicht? Wenn schon einmal Sozialisten darangehen, eine bestimmte Wissenschaft nach marxistischen Gesichtspunkten zu untersuchen, was könnte man da wohl Wesentlicheres tun, als gerade das Fundament dieser Wissenschaft mit marxistischer Kritik zu beleuchten?

Als das A und das O der Psychonalyse bezeichnete Bernfeld die Theorie von der Sexualität als Haupt-Trieb des seelischen Lebens. Als Marxisten müßten wir uns doch wohl in erster Linie die Frage vorlegen: wie kam es, daß gerade diese Arbeitshypothese entstehen konnte? Inwiefern ist sie in der Entwicklung unserer Gesellschaft begründet?

In unserer privatkapitalistischen, bürgerlichen Kultur sind alle Lebensäußerungen auf Konkurrenz, Machtkampf, individuelle Leitung eingestellt. Erziehung zum ehrgeizigen Führen-wollen, zum schlauen Ueberlisten des Kontrahenten, zur persönlichen Loslösung aus dem Geiste menschlicher Gemeinschaftsbindung ist im Sinne der Bourgeoisie nur konsequent. Als „krank“ im Sinne dieser Gesellschaft gilt, wer diese Loslösung nicht auf dem positivistischen Wege der „Erfolgtat“ zustande bringt, sondern zur negativen, neurotischen Form der Isolierung gelangt. In beiden Fällen aber werden die Menschen gemeinschaftsunfähig dressiert. — Die Individualpsychologie erblickt in dieser Erziehung zur Gemeinschaftsunfähigkeit die Ursache der schier unvermeidlichen Konflikte des heranwachsenden Menschen mit der Familie und Schule, des erwachsenen Menschen in Ehe und Beruf. Unter dem Gesichtswinkel dieser individualpsychologischen Arbeitshypothese erscheint es verständlich, daß der bürgerlich-individualistisch erzogene Mensch gerade auf dem Gebiete der Lebensgemeinschaft mit dem Geschlechtspartner am heftigsten in Konflikte geraten muß.

Die Sexualsphäre erscheint also als das Haupt-Symptomgebiet, auf dem der Lebenskonflikt des bürgerlichen Menschen „erziehungsnotwendig“ am deutlichsten zu Tage tritt. Und es ist entwicklungsgeschichtlich verständlich, daß man zunächst einmal auf den Ge-

danken kam, die Sexualsphäre zur Grundlage einer erklärenden Arbeitshypothese zu wählen. Sigmund Freud hat das getan, und wenn er es nicht getan hätte, so wäre wahrscheinlich sonst jemand auf denselben Gedanken gekommen. — Allmählich ist es aber auch nicht-marxistischen und nicht-individualpsychologischen Denkern aufgefallen, daß unsere mitteleuropäische Kultur, im Vergleich mit anderen, früheren, offenbar eine starke Ueberbetonung des Sexuellen aufweist. Die Aufklärungsarbeit von Karl Marx, der auf die innere Notwendigkeit des dialektischen Umschlags der bürgerlichen Oekonomie und Ideologie in die proletarische, vergesellschaftete hinwies, mußte sich schließlich auch auf anderen wissenschaftlichen Gebieten geltend machen, und so wurde der Boden vorbereitet zu einer psychologischen Arbeitshypothese, die sich auf dem Grundgedanken der Gemeinschaft als wesentlichem Fundament des menschlichen Lebens aufbaut und die sexuellen Konflikte einordnet in die Gesamtheit der individuellen Lebensschwierigkeiten. Diese Lehre hat Alfred Adler aufgestellt. Marxistisch gesehen, sind Freud und Adler Exponenten verschiedener Phasen der fortschreitenden Gesellschaftsentwicklung.

Diese marxistische Betrachtungsweise liegt nicht allen Individualpsychologen nahe — wie wahrscheinlich das Thema „Psychoanalyse und Marxismus" auch nicht allen Psychoanalytikern adäquat sein wird. Schließlich sind ja beide Wissenschaften, Psychoanalyse und Individualpsychologie auf dem Boden der bürgerlichen Wissenschaft gewachsen, und es müssen ihnen daher unverkennbare Spuren ihrer Herkunft anhaften. Ich weiß mich aber mit mehreren Freunden einig in der redlichen Absicht, unsere Wissenschaft daraufhin zu prüfen, ob und inwieweit sie im Lichte marxistischer Kritik standhält. Daß eine ähnliche Absicht bei einigen Psychoanalytikern besteht, das zeigte Bernfeldts Vortrag. Wäre es da nicht das Gegebene, uns zusammen an einen Tisch zu setzen, um unter dem Zeichen des Marxismus zu einer Gemeinsamkeit der Forschung zu gelangen, wie sie bürgerliche Aerzte und Psychologen verschiedener Richtung in anderen Ländern, z. B. in Frankreich, schon lange zu üben scheinen?

Während die Dresdner individualpsychologische Gruppe schon seit Jahr und Tag auf marxistischem Boden arbeitet, ist in der Berliner Ortsgruppe der individualpsychologischen Gesellschaft erst kürzlich der Wunsch laut geworden, eine besondere Arbeitsgemeinschaft zur Aufdeckung der Beziehungen zwischen Marxismus und Individualpsychologie zu bilden. Im Interesse der Sache erscheint es mir wichtig, die Forschungsbasis möglichst breit anzulegen, also die Psychoanalyse von Anfang an in die Betrachtung mit einzubeziehen. Diejenigen sozialistischen Aerzte und Psychologen, die mitarbeiten wollen, insbesondere auch den Vortragenden, Genossen Dr. Bernfeld, lade ich hiermit zur Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft ein.

Ernst Simmel:

Ich war mir der Schwierigkeiten des Unterfangens, das Thema „Psychoanalyse und Sozialismus“ in unserem Kreise zur Diskussion zu stellen, wohl bewußt. Denn es handelt sich dabei — in Anbetracht der wenigen vorhandenen, teilweise unzureichenden Ansätze — um einen allerersten Versuch, Beziehungen aufzufinden, die sich für die marxistische Sozial-Ökonomie aus einer psychoanalytischen Sozial-Psychologie ergeben können.

Dr. Bernfeld hat für die Behandlung dieses Themas seine Aufgabe dahin abgegrenzt, nachzuweisen, daß zwischen der Wissenschaft des Sozialismus, dem Marxismus, und der Psychoanalyse als Wissenschaft, eine enge, innere geistige Verwandtschaft bzw. Wesensgleichheit besteht. Er hat gezeigt, daß der Psychoanalyse nicht weniger als dem Marxismus die Tendenz einer materialistischen, historischen und dialektischen Denk- und Wirkungsweise eigen ist, und daß beidesmal das Prinzip der Entwicklung an eine gesetzmäßig sich auswirkende Polarität gebunden ist, durch die Konflikte aus eigener Spannung heraus auf ihre Lösung bzw. auf Neubildung von Konflikten hindrängen. Bernfeld hat also wie jeder Forscher, der Neuland betritt, sich für einen ersten Schritt darauf beschränkt, zu erweisen, daß wir über die notwendigen Orientierungsmöglichkeiten für ein weiteres Vorgehen verfügen.

Es ist begreiflich, daß dadurch — wie die Diskussion des Vortrages bewiesen hat — sich die Mitglieder unserer Vereinigung etwas enttäuscht fühlten, weil sie, in Ermangelung einer genügenden Vertrautheit mit dem empirischen Tatsachenmaterial der Psychoanalyse, dort nur Analogien sehen, wo wirkliche Identitäten bestehen. — Es sei mir darum gestattet, das Problem mit noch einigen nachträglichen Bemerkungen von mehr praktischen Gesichtspunkten aus ergänzend zu beleuchten.

Zu allererst fällt dem objektiven Betrachter auf, daß bei der weitgehenden Ablehnung, die die Psychoanalyse immer noch erfährt, sich ein prinzipieller Unterschied zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten in ihrer negativen Einstellung nicht erkennen läßt. — Es besteht im Gegenteil eine Art von negativistischer Einheitsfront, die vom linksgerichtetsten Radikalen bis zum rechtsgerichtetsten Reaktionär reicht. — Bemerkenswert ist außerdem, daß die Motivierung, mit der der Marxismus auf der einen, die Psychoanalyse auf der anderen Seite perhorresziert wird, eine innere Verwandtschaft zeigt. In dem Marxismus sieht man eine der Beachtung und Bekämpfung werte Erscheinung, weil er, von dem „Juden Marx erfunden“, eine „jüdische Gefahr“ bedeute, — in der Psychoanalyse „eine kapitalistische Verfallserscheinung“ deshalb, weil Freud und seine Patienten nicht Proletarierkreisen entstammen. Beidesmal verschleiern, an Unwesentliches sich anheftende, Argumentationen eine in Wirk-

lichkeit affektiv bedingte Ablehnung von Erkenntnissen, die die Selbstsicherheit einmal einer Klasse, das andere Mal die des Individuums bedrohen. — Marx wird bekämpft, weil er, durch Bewußtmachung der ökonomischen Bedingtheit der Gesellschaftsschichtung, der an der Kapitalbildung interessierten Klasse ihr „Recht“ auf Besitz gegenüber den Besitzlosen entzieht. Freud wird bekämpft, weil er eine psychologisch bedingte Schichtung noch innerhalb der Psyche des Individuums selbst — in ein Bewußtes und ein Unbewußtes — aufgezeigt hat, durch die auch das „Recht“ des bewußten Ichs auf ein intrapsychisches „Herrentum im eigenen Hause“ weitgehende Schmälerung erfährt.

Freud konnte mittels der psychoanalytischen Methode die Tatsache entdecken, daß jeder Mensch in seinem Unbewußten ein Vorstellungsmaterial beherbergt, das, abhängig von Tendenzen zu affektiver Entladung, die bewußte Persönlichkeit in ihrer Willensentfaltung einengt. Diese wirksam bleibenden Vorstellungsinhalte verdanken ihre Vergessenheit dem Verdrängungsvorgang, der unlösbare Konflikte mit der Umwelt dadurch aus der Außenwelt fortschaffte, daß er sie nach innen, ins Unbewußte verlegt, „introvertiert“. — Auf diese Weise kann die Einstellung der Persönlichkeit zur Objektwelt eine mehr oder weniger irrationale werden, weil der äußeren Objektrealität — eine innere „psychische Realität“ entgegensteht. —

Es wird damit schon die Abwegigkeit jener Annahme ersichtlich, die meint, die Psychoanalyse beschäftige sich nicht mit dem „vergesellschafteten“ Individuum. Die Vergesellschaftung ergibt sich aus den Beziehungen zur sozialen Umwelt, d. h. zur Objektrealität. Und wenn die Psychoanalyse sich lange Zeit immer nur mit der Psyche des Einzelnen beschäftigt, so tut sie doch weiter nichts, als an diesem Einzelnen bewußt zu machen, welch unbewußte Fäden ihn an seine Familie, darüber hinaus an seine Klasse, und mit dieser Klasse an die Gesellschaft binden.

Die analytische Beschäftigung mit der Einzelpersönlichkeit läßt also sehr wohl das Studium des Vergesellschaftungsvorganges selbst zu und ist wohl imstande, eine sozialpsychologische Ergänzung zum Marxismus zu liefern. — Sie weist auf Grund empirischer Forschung die enge Verknüpftheit von Ich- (Selbsterhaltungs-) trieben mit dem Sexualtrieb nach, und daß dadurch, analog der Persönlichkeitsgestaltung, auch bei überpersönlichen Gebilden, wie Klasse und Gesellschaft, ökonomische Bedingtheiten von der libidinösen Seite her wesentlich beeinflußt werden. — Die Freud'sche Entdeckung, daß die Neurosenbildung immer mit einer Verinnerlichung von Außenweltkonflikten einhergeht, daß dadurch eine Aktivitätslähmung des Individuums bewirkt wird, weil Triebenergien

der Bewältigung des Reallebens durch inneren Aufbrauch entzogen werden, hat zudem die Neurose zum ersten Mal als Kriterium „einer sozialen Erkrankung" überhaupt erkennen lassen. — Das Ziel der psychoanalytischen Behandlung kann also nichts weniger als ein „Quietismus" sein, wie in der Diskussion fälschlich behauptet wurde, sondern im Gegenteil, ein Aktivismus, der durch Gesundung des Realitätssinnes den Einzelnen nicht nur zur Erkenntnis seiner Lage, sondern gleichzeitig zu einer erhöhten, bewußt-aktiven Willensentfaltung befähigt.

Wenn durch Marx das Proletariat zum „Klassenbewußtsein" gelangt ist, d. h. zur Erkenntnis seiner Lage als einer ökonomischen Verbundenheit als Kollektivum einem anderen Kollektivum gegenüber, so wird durch die psychoanalytische Ergänzung dieses Klassenbewußtsein eine bisher nicht geahnte Erweiterung durch die Bewußtseinserweiterung der einzelnen Klassengenossen selbst erfahren. Diese werden zu einer bewußten Orientierung ihrer Person über die ihnen vorher unbewußten, libidinös bedingten Bindungen innerhalb der Klasse wie ihrer unbewußten Beziehungen zu den Angehörigen einer anderen Klasse gelangen, und dadurch wird der Einzelne wie das Ganze mit einem erweiterten, von „rationalisierenden" Einengungen befreiten Bewußtseinsfeld an Aktionsbreite gewinnen. — Derartige Einsichten werden sich ergeben, wenn man gelernt haben wird, die Erkenntnisse, die Freud in seinen Werken wie „Totem und Tabu" und vor allem in „Massenpsychologie und Ichanalyse" niedergelegt hat, sinngemäß auf die Probleme der Gesellschaft, des Parteiwesens, der Klassenbildung und des Klassenkampfes anzuwenden. — Gerade für letztere muß sich aus psychoanalytischer Erfahrung eine ganz neue, erhöhte Kunst der Kampfestaktik gestalten. Man wird z. B. sachverständiger die Zuverlässigkeit des Freundes wie die Hartnäckigkeit des Feindes beurteilen können, wenn man weiß, daß auch unter Umständen eine Vortäuschung ökonomischer Interessen den Drang nach Affektentladung verschleiern kann. — So sagt Freud einmal in einem Aufsatz über die kriegführenden Völker, was natürlich auch auf Klassenkämpfer zutreffen kann: Die Streitenden „bedienen sich der Interessen, um ihre Leidenschaften zu rationalisieren". — Daß er andererseits die Realnot an sich als kampfauslösenden Faktor nicht unterschätzt, geht aus einem so gar nicht „quietistischen" Ausspruch von ihm hervor: „Es wird Kriege geben müssen, solange die Existenzbedingungen der Völker so verschieden sind." — Daß Freud persönlich zu der weiteren Konsequenz nicht kam: „Es muß Klassenkampf geben, solange die Existenzbedingungen der Klassen so verschieden sind", verdammt noch nicht die Psychoanalyse zu einer „kapitalistischen Verfallserscheinung", sondern legt uns, den Schülern Freud's, die Pflicht auf, ein Ergänzungswerk zu leisten, das nur seinen Spuren zu folgen braucht.

Heute wollen wir uns nur noch eine Frage vorlegen: Woher kommt die so paradox anmutende, eigentlich zur Resignation stimmende Tatsache, daß sich in manchen Beziehungen die Weltgeschichte — anscheinend ohne Ausweg — immer wiederholen muß, daß z. B. revolutionäre Bewegungen, die den Keim zu einer Neu- und Fortentwicklung in sich tragen, aus sich selbst heraus immer wieder eine reaktionäre Welle erzeugen, die das Errungene ganz oder teilweise wieder fortschwemmt? — Die Ursache hierfür lediglich in einem „Verrat der Führer" zu suchen, ist nicht einmal marxistisch gedacht. — Wie kann es denn möglich werden, daß so viele durch einen Einzelnen sich verführen *lassen*, — daß ein Klassengenosse, in den Besitz der Führermacht gelangt, ein — anderer werden kann als vordem? Und wie ist es schließlich möglich, daß das Proletariat, das doch seit Marx im Bewußtsein seiner gleichbedingten *ökonomischen Gebundenheit* ist, seine Leidenschaft in Spaltungsbewegungen *gegeneinander* aufbraucht, statt mit ihr einheitlich den Kampf *vor* die Front, zum Sieg für die sozialistische Idee und damit zur Überwindung der Klassengegensätze überhaupt zu tragen? — Es muß da doch eine *gleichartige* Ursache vorhanden sein, die den, unter so verschiedenen Masken entbrannten Interessenkämpfen der Menschen, in auch soziologisch so unterschiedlichen Epochen der Weltgeschichte, oft ein so gleichartiges Schicksal bescherte.

Ein solches, in Gegenwart wie in Vergangenheit sich immer wiederholendes Phänomen können wir heute auch in der Psychologie des *Massengeschehens* auf ein gemeinsames, ewig fortwirkendes Urbild zurückführen, nach dem uns *Freud* über das Gesetz des unbewußten „*Wiederholungszwanges*" in der *Individualpsyche* belehrt hat. — Schicksalsmäßig erscheinende Wiederholungen im Leben des Einzelnen erwiesen sich als *unbewußt* gewollte und dadurch zwangsmäßig bedingte Versuche, immer von neuem reale Situationen im Dienste einer Entbindung von Affekten (Abreaktion) auszunutzen, die eigentlich einem *verdrängten*, unbewußt gewordenen, aber nicht erledigten *Konflikt infantiler Vorzeit* zugehören. — Dieser Urkonflikt entstammt der *Ödipussituation* des Kindes. In ihr kam dadurch eine Konfliktspannung zustande, daß das Individuum nur durch *Verzicht* auf Triebauswirkung innerhalb der Familie zu einer ersten *sozialen* Eingliederung genötigt wird. — Der Wunsch nach dem libidinösen Besitz von Vater oder Mutter, die Eifersuchtseinstellung zu dem gleichgeschlechtlichen Elternteil, der Rivailtätskampf der Geschwister, das sind die Ursituationen, die zur Unterbindung von zu stark entfachten Leidenschaften führen. Und von einem solchen Innenkern strömt dann die Aktivität des Menschen wie in konzentrischen Kreisen *fort* und über das reale Leben *hin*. An Stelle der vergessenen Urobjekte treten in der Wirklichkeit be-

ziehungsgleiche „Imagines“ — wie Lehrer, Vorgesetzte, Führer, Kollegen, Genossen —, aber auch Ideen und Interessen. Ihnen zugewandte libidinöse Energien liefern das Bindemittel, das als ein lebendiger Kitt einzelne zu einer organisierten Vielheit, zu einem Organismus, bindet oder aber auch, bei Ladung mit negativ-destruktiven Affekten, wieder in einzelne Partikel auseinandersprengen kann.

Es ist sicherlich zunächst enttäuschend für den Einzelnen, zu erfahren, daß seine bewußten intellektuellen Einsichten für eine Orientierung innerhalb der Gesellschaft nicht ausreichen, daß er vielmehr durch die Verbindung mit anderen sofort auch zum Objektziel von affektiven Kräften wird, die aus dem Unbewußten anderer auf sein eigenes Unbewußtes einwirken. — Es ist enttäuschend und doch gleichzeitig erhebend, weil mit der neuen Wissenschaft der Psychoanalyse wir auch eine Gesetzmäßigkeit jener libidinösen Triebkräfte am Werk sehen, die individuell und überindividuell die Realinteressen der Menschen fördern und hemmen. Mit der Erkenntnis einer Naturgesetzmäßigkeit gewinnen wir aber die Möglichkeit zur Beherrschung von Naturelementen, denen wir vordem blind, d. h. unbewußt, ausgeliefert waern. — So werden wir auch vom „Wiederholungszwang“ in der Geschichte wie im Leben des Einzelnen loskommen. — Allerdings kann die Gesundung des Einzelnen wieder Gemeinschaft, d. h. die möglichst weitgehende Befreiung von unbewußten, neurotischen Einflüssen, sicherlich nicht durch eine noch so große Anzahl psychoanalytischer Behandlung von Einzelpersönlichkeiten allein geschehen. Denn wir leben nun einmal in einer Realität, repräsentiert durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die die Mehrzahl ihrer Mitglieder, das Proletariat, durch ihre Versagungen und Enttäuschungen geradezu zwingt, in sich jene früheren Stufen frühkindlicher Konfliktstellung wieder wachrufen. — Der Kapitalismus treibt somit nicht nur mit der körperlichen sondern auch mit der seelischen Kraft und Gesundheit des Proletariats Raubbau. Er muß überwunden werden, damit die Menschen gesunden können. Andererseits müssen die unter ihm Leidenden durch marxistische und psychoanalytische Erkenntnisse soweit gefördert werden, daß sie wirklich einen Überwindungskampf rationell führen können.

Zum Schluß möchte ich zusammenfassend nur noch auf eines hinweisen. — Psychoanalytisch gesehen kann eine Gesellschaftsform nicht nur Ursache für den Glücks- und Unglückszustand aller in ihr Zusammengefaßten sein. Sie ist es auch als Folge der unbewußten Auswirkung einer Kollektivseele. — Denn wir haben gesehen, daß die Menschen einen Teil ihrer zielgehemmten Triebregungen, deren sie sich auf dem Wege der Verdrängung nicht entledigen können, auf die Außenwelt projizieren, um hier etwas als fremd empfinden zu können, was sie als bewußten Anteil ihres eigenen Ichs ablehnen.

— Es scheint mir, daß der durch Triebverzicht bedingte Verdrängungsaufwand, den die Menschen für einen organisatorischen Zusammenschluß zu leisten haben, nur bewältigt und ausgeglichen werden kann durch dieses Mittel der Projektion. Da es sich dabei um unbewußte Vorstellungskomplexe und Triebregungen vergangener Individualepochen handelt, muß als überindividuell, d. h. als Gesellschaftsform, eine Organisation zustandekommen, die kulturell tiefer steht, als es dem Entwicklungsgrade des Einzelnen entspricht.

So gleicht der Kapitalismus mit seinem Bestreben, durch Raubbau an vielen, unter Anwendung grausamster Kampfmethoden, den Besitz in den Händen Einzelner zu summieren, jener frühinfantilen Epoche im Leben des Kindes, da es, noch nicht durch spezifische Liebesbindungen lenkbar, voller Mordimpulse gegen seinen Konkurrenten, egozentrisch auf einem „Haben-Haben" besteht. — Die Analytiker nennen das den frühinfantilen „Analsadismus". — Es scheint, daß keiner von uns ihn ganz überwunden hat, und daß wir auf die Gesellschaft projizieren, was wir innerlich nicht verdrängen können. Wir leiden so an etwas, was wir zum Teil wenigstens uns unbewußt selbst schaffen. — Das beweist, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung bis zu einem gewissen Grade auch ein kollektivistisches Pendant zur individuellen „Zwangsneurose" darstellt. Von der können wir erst geheilt werden, wenn wir erkannt haben, wie weit wir noch unbewußt an unserem Leiden selbst festhalten.

Friedrich Engels und die Volksgesundheit

Von S. J. Perkal

Allgemein bekannt ist die Bedeutung Engels als Mitverfasser des „Kommunistischen Manifestes", als Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, als Stratege und Praktiker des revolutionären Klassenkampfes; allgemein bekannt ist auch seine Bedeutung als Wissenschaftler, der den verschiedensten Wissenschaften, wie der Anthropologie, der Rechts-, Militär-, Natur- und Geschichtswissenschaft die wertvollsten Beiträge geliefert hat. Völlig unbekannt aber ist Engels als einer der Begründer der „Sozialen Medizin".

In seiner Geschichte dieser Wissenschaft, der „Hygiene der Entrechteten", nimmt Kiskalt als ausschlaggebenden Wendepunkt für die neue, soziale Richtung in der Medizin die Jahre 1847 bis 1848 an, als in Berlin die bekannten Aerzte Rudolf Virchow, Leibuscher und Neumann mit neuen Losungen und Ideen auftraten.

Der Grundgedanke, der von diesen Medizinern besonders hervorgehoben wurde, war der, daß zwischen Krankheit und sozialen Verhältnissen eine unmittelbare, direkte Beziehung besteht. Aus

diesem Grundgedanken resultiert der Zusammenhang zwischen Medizin und Sozialwissenschaften.

Die von Virchow angestellten Untersuchungen über die Ursachen und die Ausbreitungsbedingungen des Flecktyphus in Schlesien erbrachten ihm den Beweis, daß „die günstigen Bedingungen zum Ausbruch von Epidemien nur dort vorhanden sind, wo die Bevölkerung infolge elender sozialer Verhältnisse kürzere oder längere Zeit hindurch in anormalen Bedingungen lebt.“ Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß schon vor dem Auftreten der oben genannten Aerzte als Verfechter der Idee von dem sozialen Charakter der Medizin der 24jährige Friedrich Engels diesen Standpunkt genialerweise in seinem berühmten Buche „Die Lage der Arbeiterklasse in England“ vertreten hat.

In diesem von einem Nicht-Arzt geschriebenen Buche werden mit unwiderlegbaren Beweisen die Grundsätze aufgestellt, die 2 bis 3 Jahre später Virchow und seine Kollegen aus ihrer medizinisch-wissenschaftlichen Erfahrung heraus festgelegt haben. Engels bringt eine Fülle von Tatsachen, die kennzeichnend sind für die Lage der Arbeiterklasse in England, für ihr Wohnverhältnisse, ihre Ernährung, ihren Lohn, ihre Arbeitsbedingungen; er legt den Einfluß dieser Tatsachen auf den physischen, moralischen und geistigen Zustand der englischen Arbeiterschaft klar.

Engels hat nach seinen eigenen Worten eine Aufforderung an die englische Bourgeoisie ergehen lassen: „Möge sie mir, nur für eine einzige Tatsache, die eine Bedeutung für meine Betrachtung als Ganzes hat, das Gegenteil beweisen, begründet mit genau so glaubwürdigen Beweisen, wie ich sie angeführt habe.“ Er gibt uns in seinem Werke „Die Lage der Arbeiterklasse in England“ ein Musterbeispiel für die nach der marxistischen Methode aufgebaute soziale Hygiene.

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter schildernd, sagt Engels: „Die unzähligen Ausbrüche von Cholera, Typhus und sonstigen Epidemien haben dem englischen Bourgeois die Notwendigkeit der Sanierung seiner Städte aufgezwungen, wenn er nicht gewillt ist, mit seiner Familie zusammen als Opfer dieser Seuche zu verfallen.“ Die Arbeiterwohnungsfrage ist aber heute genau so traurig wie 1845, als das Buch erschien.

Die schädliche Einwirkung der Fabrikarbeit auf den weiblichen Organismus hat Engels mit einer — besonders für den Nicht-Arzt bewundernswerten Genauigkeit und Ueberlegenheit geschildert. Ebenso genial sind in dem Buche die verderblichen Folgen für die Gesundheit der Nachkommenschaft der Fabrikarbeit leistenden Frauen dargestellt worden. Ferner beschreibt Engels alle Schäden und Gefahren für Leben und Gesundheit des Industriearbeiters durch Unglücksfälle, Kesselexplosionen usw., also mangelhafte Sicherung des Arbeiters bei gefährlicher Arbeitsbedingung.

„Die Lage der Arbeiterklasse in England“ und „Die Wohnungsfrage“ von Engels sind bis heute wertvollste Quellen für das rich-

tige Verständnis der sozialen Seite der Wohnungsfrage, also von ungeheurer Bedeutung für die Gesundung der Werktätigen. Auch alle übrigen Probleme der sozialen Hygiene — die Fragen der Volksernährung, des Alkoholismus, der Sterblichkeit — haben in den Werken Friedrichs Engels eine klare Darstellung und Beantwortung gefunden. Das gibt uns den Anlaß, ihn anzusehen als einen der größten und frühesten Theoretiker der sozialen Hygiene, der Wissenschaft des Schutzes, der Stärkung und Förderung der Volksgesundheit, der Wissenschaft der Vorbeugung der Erkrankungen und der Verlängerung der Lebensdauer der breiten Massen der Bevölkerung.

Aus dem Russischen übersetzt
von Sch. Angeluschew und Minna Flake

Der 45. Deutsche Ärztetag in Eisenach

Von Lothar Wolf

Das offizielle Protokoll umfaßt 76 eng bedruckte Folioseiten. Eine qualvolle Lektüre. Was ist für uns Sozialisten von Interesse?

Die neue Satzung des Deutschen Ärztevereinsbundes wurde einstimmig angenommen. Sie bietet kein gesundheitspolitisches Interesse.

Um so wichtiger war die Beratung einer Deutschen Standesordnung für Ärzte. Die deutsche Klassenmedizin betreibt die rechtliche Ablösung der Ärzteschaft von den übrigen freien Berufen. Ein Antrag auf Schaffung einer einheitlichen deutschen Ärzteordnung unter Herausnahme des deutschen Arztes aus der Reichsgewerbeordnung und auf Bildung einer deutschen Reichsärztekammer wurde angenommen. Warum? Eine Flut von patriotischen und moralischen Reden antwortet uns. Die realen Gründe sind:

Die Notverordnungen von 1923 bezweckten den Abbau der angeblich zu zahlreichen deutschen Ärzteschaft, resp. deren Trennung von ihrem natürlichen Nährboden, dem gesundheitlichen Fürsorgewesen, also der Kassenpraxis. Der Hauptkampf entbrannte in Groß-Berlin. Als Antwort auf die Notverordnungen erfolgte von Seiten der Berliner Ärzte die Proklamierung des vertraglosen Zustandes. Die Krankenkassen organisierten darauf eine ärztliche technische Nothilfe, deren Mitglieder von der machtlosen Ärzteorganisation nicht gefaßt werden konnten. Es folgte ein Waffenstillstand im Frühjahr 1924, der die ärztliche technische Nothilfe der Krankenkassen sanktionierte und die Verminderung der Ärzteschaft durch Abdrosselung des ärztlichen Nachwuchses erstrebte. Dieser Waffenstillstand besteht noch heute. Zum Frieden ist es nicht gekommen.

Die weitreichenden Beschlüsse des Eisenacher Ärztetages sind als Kampfhandlung der gefährdeten deutschen Ärzte zu beurteilen. Aber leider müssen wir sagen, daß die deutsche

Ärzteschaft — von einer stockreaktionären Standes- und Fachpresse mißleitet — ausschließlich in der falschen, reaktionären Richtung ihre Rettung sucht.

Anstatt engsten organisatorischen Zusammenschluß mit der großen Patientenmasse, den Kassenmitgliedern, zu erstreben und an der Leitung und dem Ausbau des gesundheitlichen Fürsorgewesen sich führend zu beteiligen, anstatt engsten Zusammenschluß mit allen übrigen Sanitätsarbeitergruppen zur Gewerkschaft der Sanitätsarbeiter zu erstreben und damit der erlösenden Sozialisierung des Heilwesens vorzuarbeiten, — sehen wir leider eine fanatische Rückwärtsbewegung zum mittelalterlichen Ständewesen, dessen Lebensberechtigung doch durch die harten Erfahrungen der letzten Jahre so schonungslos widerlegt worden ist.

Die Herausnahme der deutschen Ärzte aus der Gewerbeordnung und ihre Unterstellung unter eine allmächtige Reichsärztekammer bedeutet, daß der gesetzliche Schutz der freien Gewerbe alsdann für sie aufhört und jeder Arzt der Standesrechtsprechung in weit höherem Maße unterliegt als bisher. Zweifellos wird eine größere ständische Strafgewalt schwere wirtschaftliche Schädigungen, wenn nicht die wirtschaftliche Vernichtung der „Standesschädlinge" erzielen können. Man bedenke, welch hochgradigen Schutz die heutige Gewerbeordnung den freien Berufen gewährt. Wie z. B. der vom Lande Preußen gesetzlich beschlossene Abbau der Hebammen unterbleiben mußte, weil er gegen die Reichsgewerbeordnung verstieß. Auch dort kämpfen bereits die reaktionären Hebammenlehrer gegen die hinderlichen Reichsgesetze.

Hier trennen sich unsere Wege von der deutschen Ärzteschaft, der wir in ihrem wirtschaftlichen Existenzkampf zur Seite gestanden haben. Wer wird künftig „standesunwürdige Handlungen begehen?" Selbstverständlich die linksstehenden, proletarisch gesinnten, die Sozialisierung des Heilwesens propagierenden Ärzte. Die damit „das freie Arzttum" gefährden. Und deren „Formen" nie „einwandfrei" sein werden.

Der vorjährige Ärztetag hat mit seiner Rußlandhetze und seiner Befürwortung der Abtreibungsstrafen sich allgemein diskreditiert. Davon haben aber die Delegierten des diesjährigen Ärztetages in ihrer Standespresse nichts zu lesen bekommen. So konnte das in Leipzig begonnene Spiel weiter getrieben werden. Schon in den allgemeinen Leitsätzen der Standesordnung wurde sofort festgestellt, daß der Arzt „alles unterlassen soll, was die Volkszahl und Volkskraft herabzusetzen geeignet ist".

„Aus diesen Gesichtspunkten heraus ist es Pflicht jedes Arztes, das keimende Leben und die Fortpflanzungsfähigkeit zu erhalten, soweit dem nicht lebensgefährliche Zustände der Mutter entgegenstehen."

Das ist die Fortsetzung der vorjährigen Gesundheitspolitik: Nach der Fruchtabtreibung wird nunmehr auch die Empfängnisverhütung diffamiert und von Standes wegen verfolgt. Bei der Fruchtabtreibung suchte man sich noch auf die angebliche Gesundheitsschädigung der Frau zu berufen, trotzdem die glänzenden russischen Resultate bereits bekannt waren. Aber heute hat man bei der Frage der Empfängnisverhütung diese zarte Rücksicht nicht mehr nötig. Da die Unschädlichkeit der modernen Verhütungsmittel auch den Laien bereits bekannt ist, muß eben hier „der Gesundheitsdienst am deutschen Volke" unterbleiben. Die soziale Seite des Problems versteht sich in Eisenach von selbst als belanglos. Es kommt nur noch auf die „Volkszahl" an. Aber die Eisenacher Moralprediger wirken peinlich, weil die deutschen Ärzte selbst zu den kinderärmsten Gruppen gehören.

In Wahrheit bedeuten die vorjährigen Beschlüsse gegen die Fruchtabtreibung eine tatsächliche Unterstützung der Kurpfuscherei, die allein auf diesem Gebiet in Deutschland hunderttausende vermeidbarer Erkrankungen und jährlich 8000 Todesfälle verursacht. Wir lebten nicht im Lande der deutschen Klassenmedizin, wenn es darauf nicht in diesem Jahre von Standes wegen — unmittelbar hinter dem Verbot der Fruchtabtreibung und Empfängnisverhütung! — dem Arzte zur Pflicht gemacht worden wäre, die Kurpfuscherei zu bekämpfen.

Nach Erledigung des Entwurfes der Standesordnung wurde die Alkoholfrage behandelt. Wenn wir an das Problem vom Klassenstandpunkt herangehen, können wir von vornherein über die Art seiner Erledigung gar nicht im Zweifel sein. Das Alkoholkapital ist in Deutschland viel zu mächtig, als daß die Ärzteschaft einen ernsthaften Kampf dagegen anfangen dürfte. — Im vorigen Jahr wurde die Befürwortung der Abtreibungsstrafen unter einem Wust allgemeiner Fürsorgeforderungen für Mütter und Kinder versteckt. — Als einzig reales Resultat blieben die Strafgesetze. — Gegenüber dem Alkoholismus bleibt diesmal nach einer Reihe guter Ratschläge und Forderungen als einzig reales Resultat: der Schutz des Alkoholkapitals vor gesetzlicher Bekämpfung.

Die Alkoholfrage gewinnt allmählich mit zunehmender wirtschaftlicher Verelendung des werktätigen Volkes eine ungeheure Bedeutung. Nach Dr. Bornstein werden in Deutschland „Sechs Milliarden Mark jährlich verraucht und versoffen", davon entfallen mindestens $3^1/_2$ Milliarden auf den Alkoholverbrauch. Der patriotische Referent in Eisenach warnte davor, durch gesetzliche Maßnahmen „dem Volke ein Mißtrauensvotum zu erteilen". „Das deutsche Volk ist kein Volk von Trinkern!" Um also die unerhörte Beleidigung einer gesetzlichen Alkoholbekämpfung dem Volke zu ersparen, wurde der Kleingartenbau, das Siedlungswesen und der Sport empfohlen, Guttempler, Abstinenzler und

sonstige Vereine gepriesen, Kirche und Schule feierlich zur Hilfe gerufen. Was alles keinen Pfennig kostet und dem Alkoholkapital nicht wehe tut.

Amerika wurde als warnendes Beispiel aufgeführt, dessen privatkapitalistische Alkoholindustrie freilich — spielend mit der Trockenlegung fertig geworden ist. Schweden dagegen wurde gelobt. Das heißt, es wurde keineswegs die schwedische Monopolisierung der Alkoholindustrie empfohlen, nach der dort nur noch zwei große Alkoholtrusts unter strenger staatlicher Kontrolle stehen und den Aktionären nicht mehr als 7% Dividende bezahlt werden dürfen. Eine Einrichtung, die noch längst kein Idealzustand, aber immerhin ein Fortschritt gegenüber dem deutschen schrankenlosen Alkoholismus wäre. Weit wies der Referent ein solches Ansinnen zurück. Nur kein Mißtrauensvotum gegen das Volk! Nur einer gesetzlichen Maßregel Schwedens konnte sich der Potsdamer Geist von Eisenach nicht verschließen. Man sollte doch — die Trunkenheit als strafschärfendes Moment im Strafgesetz verankern.

Der entscheidende Schlußsatz der Resolution lautet: „Allgemeine gesetzliche Verbote des Alkoholgenusses bedingen schwere moralische Gefahren als Begleiterscheinungen der an sich durchaus erstrebenswerten Ziele."

Man war überhaupt in Eisenach genau ebenso moralisch und patriotisch wie das Kapital. Kapitalistenklasse und Klassenmedizin verstanden sich vortrefflich. Das Alkohol- und Braukapital hat soeben erst großzügig die Gesolei finanziert, um — auf der Ausstellung des deutschen Gesundheitswesens! — den Alkoholismus ausgiebig zu propagieren.

Die Gefährdung des Personals in den Krankenpflegeanstalten der Stadt Berlin

Von Paul Levy, Gewerkschaftssekretär des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Im Auftrag des Vorstandes des VSA hat unser Gen. Klauber als Mitglied der Städt. Gesundheitsdeputation das in diesem Aufsatz veröffentlichte Material in seiner Eigenschaft den zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht. Wir hoffen, daß den hier offenbar gewordenen Mißständen gründlich abgeholfen wird.
Die Red.

Das Personal in den Kranken- und Pflegeanstalten ist den verschiedensten Gefahren ausgesetzt. Soweit das auf die Eigenarten dieses Berufes zurückzuführen ist, können Vorwürfe irgendwelcher Art nicht erhoben werden, es sei denn, daß nicht alle Maßnahmen durchgeführt werden, die geeignet erscheinen, diese Gefahren auf ein Minimum herabzudrücken. Aber gerade in dieser Beziehung ist es um das Personal in den Kranken- und Pflegeanstalten der Stadt Berlin außerordentlich schlecht bestellt, weil die Stadtver-

waltung, vertreten durch das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, trotz eindringlicher Vorstellungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Gesundheitswesen, nicht bereit ist, das Personal gegen Berufsgefahren in ausreichender Weise zu schützen. Dabei erscheint es ganz ausgeschlossen, daß diese Unterlassungssünden etwa deswegen begangen werden, weil man die Gefahren nicht erkennt. Es kann vielmehr kein Zweifel darüber bestehen, daß man die Schutzmaßnahmen unterläßt, weil man sich einbildet, dadurch Ersparnisse erzielen zu können. Wie grundfalsch eine solche angebliche Sparsamkeit ist, mag sich aus den folgenden Darstellungen ergeben:

Im Jahre 1922 wurde der Umfang der Schutzbekleidung, die seit Jahrzehnten geliefert wurde, außerordentlich verkleinert. Die „Sachverständigen" des Magistrats der Stadt Berlin, die sich natürlich aus Beamten eben dieses Magistrats rekrutierten, erklärten übereinstimmend, daß Schutzbekleidung Luxus und daß man sich gegen Infektionen damit zu schützen nicht in der Lage sei. Die Folge davon ist, daß Infektionen von Personal seit jener Zeit erschreckend zugenommen haben und daß die Stadtverwaltung gezwungen ist, diese Arbeitnehmer, weil Infektionen im Dienste als Betriebsunfall anerkannt werden müssen, zu versorgen. Charakteristisch ist z. B., daß der Rohrleger, der von einer Station zur anderen geht, um verstopfte Klosetts (auch z. B. auf Infektionsabteilungen), Wasserabläufe, Desinfektionsanlagen usw. zu reparieren, keine Schutzkleidung bekommt.

Ich glaube, die Behauptung aufstellen zu können, daß man hier nicht nur von Unterlassungssünden, sondern von Vorschubleistung zur Verschleppung von Krankheiten sprechen muß. Anträge, die das Ziel hatten, diese unglaublichen Verhältnisse zu ändern, sind vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin immer wieder abschlägig beschieden worden. Was die Schutzbekleidung anlangt, so war das Beispiel mit dem Rohrleger eben nur ein Beispiel, daß sich auf alle in den Kranken- und Pflegeanstalten Beschäftigten ausdehnen läßt. Man stelle sich vor, daß der Krankenpfleger in einer Irrenanstalt, in der körperlich kranke Geisteskranke untergebracht sind und auf Sägespänen oder Moos liegen müssen, keinen Schutzmantel erhält, also den Dienst in seinem Privatanzug, mit dem er nach getaner Arbeit in seine Familie zurückkehrt, tun muß. — Soviel über den Mangel an Schutzbekleidung, der entweder nur auf eine völlig falsch eingestellte Sparsamkeitsbestrebung oder aber auf Mangel an Verständnis zurückzuführen sein kann. In jedem Falle handelt es sich aber um Gefährdung des Personals, die nicht zwangsläufig eine Folge der Berufsausübung ist.

Die meisten Gefahren sind allerdings durch den sich außerordentlich stark bemerkbarmachenden Personalmangel bedingt. Auch hier nichts weiter als falsche Sparsamkeit! Ein Beispiel mag dies ganz besonders deutlich beleuchten:

In einem städtischen Hospital wird eine Schwester entlassen, weil sie die Anordnungen des Arztes nicht ausgeführt hat. Die Schwester erhebt gegen ihre Entlassung beim Betriebsrat Einspruch. Dieser erkennt denselben als berechtigt an, so daß eine Entscheidung des Arbeitsgerichts herbeigeführt werden muß. Von dem Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird nicht bestritten, daß die Anordnungen des Arztes nicht ausgeführt worden sind. Er tritt aber den Beweis dafür an, daß mit dem wenigen vorhandenen Personal gar nicht die Möglichkeit besteht, die Anordnungen des Arztes auszuführen. So wird gerichtsnotorisch der Beweis erbracht, daß die Hospitaliten, also alte, kranke, zum Teil gelähmte Menschen, bei denen nicht nur die Extremitäten gelähmt, sondern auch in vielen Fällen Darm- und Blasenlähmungen vorhanden sind, alle 4—6 Wochen ein Reinigungsbad erhalten. Es wird weiter der Beweis dafür erbracht, daß auf Tuberkulosestationen von einem feuchten Aufwischen des Bodens abgesehen werden muß, und man sich darauf beschränkt, die Räume zu fegen, weil eben die Zeit zu solchen „Luxusarbeiten" nicht vorhanden ist. — Da noch eine Reihe anderer ganz unglaublicher Mißstände bewiesen wurden, die auf den Personalmangel zurückzuführen sind, blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als den Magistrat der Stadt Berlin zu verurteilen, die Schwester weiterzubeschäftigen oder ihr eine Entschädigung von 500,— M. zu zahlen. — Mit diesem Urteil, das endgültig und rechtskräftig ist, ist der Beweis erbracht, daß die Stadtverwaltung in bezug auf den Personalabbau nicht nur rücksichtslos gegen das Personal vorgegangen ist, sondern damit auch die ordnungsmäßige Versorgung der Kranken unmöglich gemacht hat.

Welche Blüten dieser Personalabbau sonst noch treibt, geht daraus hervor, daß in einer Irrenanstalt im Juli-August d. J. nicht weniger als 9 schwerere Verletzungen von Personal durch tobsüchtige Geisteskranke vorgekommen sind (darunter Nasenbeinzertrümmerung, Knochenzersplitterung am Fuß, schwere Verletzung eines Auges, Bruch des Unterarms usw.). Die Verwaltung der Anstalt sowohl als auch der Betriebsrat erklärten schon vorher der Stadtverwaltung gegenüber, daß sie die Verantwortung für die Sicherheit des Personals und für die ordnungsmäßige Behandlung der Kranken ablehnen müßten, wenn die Stadtverwaltung nicht die Genehmigung zur Einstellung von Personal geben würde. Diese lehnte aber trotzdem die Gewährung von Mitteln zur Einstellung von Personal ab. Erst, nachdem die vorerwähnten Unglücksfälle vorgekommen waren, bequemte man sich, Mittel zu bewilligen, um eine bei weitem noch nicht ausreichende Vermehrung des Personals vornehmen zu lassen. —

In diesem Zusammenhang muß auch von den außerordentlich mißlichen Wohnungsverhältnissen, unter denen das Personal zu leiden hat, gesprochen werden. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß in den Anstalten Berlins bis zu 10 Personen in einem

Zimmer zusammengepfercht wohnen müssen. Bedenkt man, daß diese Menschen auf den verschiedensten Abteilungen tätig sind und sich nach Schluß der Arbeit in einer gemeinsamen Wohnung zusammenfinden, so muß zugegeben werden, daß die Gefahr der Infektion und die Gefahr der Verschleppung von Krankheiten sehr groß ist. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat dafür gesorgt, daß im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin diese Verhältnisse nicht unbekannt geblieben sind. Alles was das Hauptgesundheitsamt darauf zu antworten wußte, war, „daß eine allgemeine Aenderung der Wohnungsverhältnisse nicht durchführbar sei. Es käme nur der Neubau eines Wohnhauses für das Pflegepersonal in Betracht, wofür in jetziger Zeit Mittel nicht zu erreichen seien." Auch uns ist nicht unbekannt, daß wir in einer Zeit leben, in der mit Mitteln sehr sparsam umgegangen werden muß. Wir sind aber der Auffassung, daß für diese Zwecke unter allen Umständen Mittel aufgebracht werden müssen, weil sonst das beste und teuerste Gut, das ein Volk zu vergeben hat, die Arbeitskraft und die Volksgesundheit, vergeudet wird.

Vergleicht man das Vorstehende mit dem, was die Stadtgemeinde Berlin anläßlich der Reichsgesundheitswoche in der Ausstellungshalle am Kaiserdamm der Bevölkerung gezeigt hat, dann muß man schon zu der Auffassung gelangen, daß die Bevölkerung getäuscht worden ist und daß die Mittel, die damals und auch jetzt wieder auf der „G e s o l e i" Verwendung gefunden haben, an anderer Stelle nutzbringender hätten angewandt werden können. In den letzten Tagen hat man in der Tagespresse anläßlich des 20jährigen Bestehens der größten Berliner Krankenanstalt, des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, Artikel gelesen, die des Lobes voll waren. Die Zeitungsschreiber hätten gut daran getan, sich nicht nur von den Krankenhausleitungen die (besonders aufgemachten) Glanzseiten zeigen zu lassen, sondern hätten sich zweckmäßigerweise auch an die Vertretungen der Arbeitnehmer wenden sollen, um auch die Schattenseiten dieser Anstalten kennen zu lernen. Das Verdienst der Anstaltsleitungen, insbesondere der ärztlichen Direktoren, soll durchaus nicht geschmälert werden. Sie haben manchesmal die Forderungen der Arbeitnehmer als berechtigt anerkannt, konnten sie aber wegen der Stellungnahme der Stadtverwaltung nicht durchführen. Trotzdem muß gesagt werden, daß sie sich nicht immer mit der notwendigen Energie bei der Stadtverwaltung verwandt haben, um die Gefahren gesundheitlicher Art von ihrem Personal fernzuhalten. — Heute noch trifft das zu, was der Reichstagsabgeordnete A n t r i c k in den Jahren 1901—1906 verschiedentlich im Reichstag behauptet hat, daß die Anstalten, in denen Kranke gesund gemacht werden sollen, die Stätten sind, in denen das Pflegepersonal krank gemacht wird, und daß Nervenheilanstalten Anstalten sind, in denen die Nerven des Personals zerrüttet werden.

Die Wiedereinführung des 8-Stundentages in den Berliner städtischen Kranken- und Pflegeanstalten

Von Carola Wedl im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Die am Tage vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. 2. 1924, die eine Höchstarbeitszeit von 60 Stunden pro Woche vorsieht, veranlaßte den Magistrat der Stadt Berlin im April 1924, den im Gesundheitswesen der Stadt Berlin beschäftigten Personen den 10-stündigen Arbeitstag zu diktieren. Der 8-Stundentag, der seit Januar 1919 bestand, hatte sich auf das Beste bewährt. Irgendwelche positiven Beschwerden konnten nicht erhoben werden. Diese Tatsache mußte in den Verhandlungen von den Vertretern der Stadtgemeinde zugegeben werden, sodaß damit bewiesen war, daß die Einführung der 10-stündigen Arbeitszeit lediglich aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den 8-Stundentag beabsichtigt war. Insbesondere war es die Vereinigung der leitenden Verwaltungsbeamten, die sich in scharfmacherischer Weise betätigte und einen unheilvollen Einfluß auf den Magistrat der Stadt Berlin ausübte. Gegen die vom Magistrat der Stadt Berlin diktierte 10-stündige Arbeitszeit setzte sich das im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierte Personal mit aller Entschiedenheit zur Wehr, sodaß es dem Verbande damals möglich war, durch Verhandlungen mit dem Magistrat den 9-Stundentag an Stelle des 10-Stundentages vertraglich festzulegen. So wurde dann im Mai 1924 der 9-Stundentag zur Einführung gebracht. Mit demselben Tage begann erneut der Kampf um den 8-Stundentag. Es traf das ein, was die Arbeitnehmer bei den Verhandlungen immer wieder zum Ausdruck gebracht hatten, daß nämlich diese Arbeitszeitverlängerung, verbunden mit dem darauf folgenden rigorosen Personalabbau, zu schweren Schädigungen nicht nur des Personals, sondern auch der Kranken führen mußte. Diese Schäden zeigten sich insbesondere in einem bedeutenden Anschwellen der Erkrankungsziffern des Personals und in dem Zunehmen der Infektionen und Betriebsunfälle. Auch die Klagen über schlechte Pflege in den Krankenanstalten mehrten sich. Die fortgesetzten Bemühungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter führten zunächst zu dem Ziele, daß der Magistrat durch Rundverfügung vom 18. 2. 1925 den 8-Stundentag für die Schwestern wieder einführte. In dieser Rundverfügung hat der Magistrat zugegeben, daß ein acht Stunden übersteigender Dienst „den Gesundheitszustand des Personals schädigt und die ordnungsmäßige Versorgung der Kranken gefährdet". Was aber für die Schwestern zugegeben werden mußte, konnte unmöglich für das übrige Personal bestritten werden. Anträge, die darauf abzielten, die vorerwähnte Rundverfügung des Magistrats auf

das gesamte Personal auszudehnen, blieben zunächst erfolglos. Erst nachdem die Stadtverordnetenwahlen im November 1925 eine sozialistische Mehrheit brachten, war es möglich, mit Hilfe dieser Mehrheit auf den Magistrat der Stadt Berlin einen stärkeren Druck auszuüben. Dazu kam, daß der „Verein Sozialistischer Ärzte“ in einem ganz eingehend begründeten Gutachten die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des 8-Stundentages wissenschaftlich nachgewiesen hatte. Dieses Gutachten trug dazu bei, die gegenteiligen Argumente der Vereinigung höherer Verwaltungsbeamten, die der Magistrat der Stadt Berlin als maßgeblich erachtet hatte, abzuschwächen. Nach unendlich langen Verhandlungen, die im einzelnen hier nicht wiedergegeben werden können, ist es endlich gelungen, den Magistrat zu veranlassen, daß ab 1. Oktober d. J. der 8-Stundentag für das Krankenhauspflegepersonal ganz allgemein eingeführt, während für das übrige, also Haus- und Küchenpersonal, der 8-Stundentag nach einer weiteren Verfügung des Magistrats der Stadt Berlin bis spätestens zum 1. Januar 1927 durchgeführt werden muß. Wenn auch die erstere Verfügung am 1. Oktober noch nicht überall zur Durchführung gelangte, so wird es dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht allzu schwer fallen, die in den Betrieben und Bezirksämtern noch vorhandenen Sabotageversuche illusorisch zu machen.

Das im Gesundheitswesen tätige Personal muß sich darüber klar sein, daß die Wiedereinführung des 8-Stundentages nur möglich war, weil es sich fast restlos im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Gesundheitswesen, organisiert hatte und damit die Möglichkeit gegeben hat, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Es muß sich aber auch darüber klar sein, daß nichts falscher wäre, als jetzt etwa auf den Lorbeeren ausruhen zu wollen. Der Kampf um die Erhaltung des 8-Stundentages wird mindestens ebenso schwer sein, wie es der Kampf um die Wiedereinführung des 8-Stundentages war. Die Gegner und Saboteure des 8-Stundentages liegen wie die Wegelagerer im Straßengraben und lauern auf den Moment, wo in der Marschkolonne der Arbeitnehmerschaft eine Lücke eintritt. Geschieht dies, dann werden sie über die Arbeiter herfallen und erneut den Versuch unternehmen, den 8-Stundentag zu beseitigen. Wenn solche Versuche für die Zukunft keinen Erfolg haben sollen, dann muß das gesamte im Gesundheitswesen tätige Personal in dem festen Willen zusammen stehen, jedem mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten, der es wagen sollte, an ihrem 8-Stundentag zu rütteln.

Zur Gefängnisrevolte in Wartenburg

Der V. S. Ä. hat sich wiederholt mit dem Strafvollzug, dem die Gefangenen in den Strafanstalten unterliegen, beschäftigt. Wir verweisen insbesondere auf die eingehenden Erörterungen über das so wichtige Problem in der April-Nummer des „Soz. Arzt". Hier wird ein Einzelfall geschildert, der wiederum geeignet ist, die breiteste Oeffentlichkeit aus der Gleichgültigkeit aufzurütteln und endlich die Beseitigung des barbarischen Systems durchzusetzen. Die Red.

Immer wieder mäht die Todessichel des Strafvollzugs in dem nun „demokratisch" gewordenen Lande der „Dichter und Denker" neue Opfer. Menschen, die nach dem Buchstaben des Gesetzes „nur" einige Jahre Strafe abzusitzen haben, werden durch die Art des Strafvollzugs dem physischen oder geistigen Tode überliefert. Die kapitalistische Presse verhindert systematisch jedes Weiterdringen der Wahrheit über die grauenvollen Zutände in den deutschen Gefängnissen. Nur dann, wenn es sich zufällig einmal nicht um einen Angehörigen der proletarischen Klasse handelt, darf die breite Oeffentlichkeit einen Blick in die Kasematten der Bourgeoisie werfen. So im Falle Hoefle, denn hier wurde immerhin ein prominentes Mitglied der Zentrumspartei, und vor kurzem noch Minister der deutschen Republik, ein Todesopfer des Strafvollzugs.

Der Verzweiflungsausbruch der Strafgefangenen der Zuchthaushölle in Wartenburg von Ende September machte die breite Oeffentlichkeit wieder etwas hellhöriger und die kurz vorher in der Presse erschienenen Berichte von Mitgliedern der — auf Antrag des Abgeordneten Menzel eingesetzten — Untersuchungskommission des Rechtsausschusses des Preußischen Landtages bekamen erhöhte Bedeutung.

Eine achtgliedrige Kommision, der zwei Sozialdemokraten, ein Deutschhannoveraner, ein Volksparteiler, ein Demokrat, ein Zentrumsanhänger und ein Kommunist angehörten, besichtigten die ostpreußischen Strafanstalten in Stuhm, Wartenburg, Insterburg und Königsberg.

„Die Ausschußmitglieder waren entsetzt", so kennzeichnete der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Grzimek den Gesamteindruck, den die Mitglieder der Kommission von ihrem kurzen Ausflug in die Stätten des Grauens und der Verzweiflung mit nach Hause nahmen. Ueber die Zustände in Wartenburg selbst wird im oben genannten Artikel festgestellt:

Tage voll tiefster, entscheidender Eindrücke! Die Hauptlehre; der Bau der Anstalt und ihre Einrichtungen geben den Ausschlag. Die Strafe soll als solche empfunden werden, dabei aber — soweit dies irgend möglich — erzieherisch wirken. Wie kann das aber erzielt werden, welche Quälerei bedeutet es auch für die Anstaltsbeamten, wenn im Zuchthaus in Wartenburg bei etwa 520 Insassen weder Wasserleitung, noch Kanalisation, noch elektrisches Licht oder Gas, nicht einmal Oefen in den Schlafsälen — in Ostpreußen bei diesem schweren, langen Winter! — vorhanden sind? Die Oefen sind jetzt bewilligt und sollen gebaut werden!! Die Anstalt liegt

zwei Minuten vom Rathaus des Städtchens Wartenburg, das alles hat. Aber — der frühere Direktor der Anstalt wollte die Eingemeindung nicht! Seine Anstalt sollte selbständiger Gutsbezirk bleiben, er selbst damit auf seinem Gebiet Herrscher aller Reußen. Dafür verzichtete er auf Wasserleitung und Kanalisierung, auf Elektrisch und Gas!! Sollte man glauben, daß im 20. Jahrhundert so etwas möglich ist? Denen, die hier Abhilfe unterlassen haben, sei gewünscht, daß sie ein Jahr lang das Umschütten der Kübel von 520 Gefangenen zweimal täglich, das Sortieren der Ausscheidungen in feste und flüssige, das Wegschaffen und Auswaschen auch nur — zu beaufsichtigen hätten! In einem halben Tage würde mit der Abhilfe begonnen sein.

Ein anderes Mitglied der Untersuchungskommission, Landtagsabgeordneter Gustav Menzel, sagt in seinem Bericht über die Zustände in Wartenburg:

Keine Wasserleitung, keine Kanalisation, so daß die Gefangenen ihre Notdurft in den Zellen in Kübeln verrichten müssen. Die Kübel werden täglich in einen Kastenwagen geleert, was nicht nur die Anstalt, sondern auch die ganze Gegend verpestet. Obwohl die Stadt Wartenburg eine Wasserleitung hat, ist das Zuchthaus nicht daran angeschlossen. Statt dessen sahen wir Gefangene, die ein großes Schwungrad drehten, um Wasser zu pumpen und bei ihrer Arbeit völlig durchgeschwitzt waren. In dem Pumpraum befand sich ein Ofen, damit die Aermsten ihre durchnäßten Hemden dort wieder trocknen können. Lange kann es ein Mensch bei dieser unmenschlichen Pumparbeit nicht aushalten. Die Beleuchtung der Anstalt besteht aus kleinen Petroleumfunzeln. Unter dem Dach befinden sich die Schlafsäle, wobei der größte 70 Mann beherbergt, der ebenfalls nur durch eine einzige kleine Petroleumfunzel beleuchtet wird, die unmöglich den Raum erhellen kann. Was mag dort in sittlicher Beziehung wohl alles vorkommen? Diese Säle können nicht geheizt werden, so daß die Gefangenen im Winter unter den dünnen Decken nicht zum Schlaf kommen können.

Der Gefangene Pahlke ist am 13. April 1926 furchtbar geschlagen worden. Verschiedene Gefangene und die ganze Pumperzelle waren Zeuge dieser Mißhandlung. Die Zahl derjenigen, die allmählich vom Zuchthaus Wartenburg in die Irrenanstalt überführt werden, soll nach Aussage der Gefangenen sehr groß sein.

Ich habe mir dann noch die Ketten angesehen, mit denen disziplinarisch zu bestrafende Gefangene gefesselt werden. Es ist dies der reine Hohn auf alle Kultur und Zivilisation. Sie bestehen aus einem schweren Eisen, in das die Hände hineinkommen, woran sich eine Kette befindet, die stärker ist als die, mit der die Bauern ihre Kühe und Ochsen in den Ställen anschließen und endet mit den Fußschellen.

Es muß eine furchtbare Tortur sein, diese Fesselung wochenlang tragen zu müssen. — — —

Welch unabweisbare Pflicht erwächst für jeden fortschrittlichen Menschen im allgemeinen und für den fortschrittlich denkenden Arzt im Besonderen aus diesen erschütternden Feststellungen? Wir alle müssen unermüdliche Kämpfer werden und dafür sorgen, daß das „Entsetzen der Untersuchungskommission“ sich auf die Herren Volksvertreter im Preußischen Landtag nicht lähmend auswirkt, sondern wir müssen die Parlamente durch eine ernste und mit dem tausendfältig vorhandenen Tatsachenmaterial belegte Aufklärungsarbeit in Bewegung bringen, damit endlich der mittelalterliche Strafvollzug so umgeändert wird, daß nicht schon ein Urteil von einigen Jahren den sicheren physischen oder geistigen Unter-

gang des Gefangenen bedeutet. Bei dieser so notwendigen Aufrüttelung der breiten Massen bietet sich den sozialistisch denkenden Aerzten ein großes, bisher leider noch ganz ungenügend bearbeitetes Wirkungsfeld. F. St.

Rundschau

Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!

Seit vielen Monaten widersteht über eine Million Bergarbeiter in England heldenhaft dem Versuch der Kapitalistenklasse, die englische Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern und die Lebenshaltung der britischen Arbeiterklasse herabzudrücken. In zäher Entschlossenheit wehrt sich das englische Proletariat gegen die Pläne der Bergherren und ihrer willfährigen Tory-Regierung, ihm längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne aufzuzwingen. Ist auch der Kampfeswille ungebrochen, so sind doch Not und Elend in allen Bezirken überaus groß, besonders bei den Kindern und Frauen, die den kämpfenden Männern tapfer zur Seite stehen. Armenunterstützung beziehen nur die Familien, die mehr als ein Kind besitzen, und zwar höchstens 12,6 Schillinge in der Woche. Die Berichte der Hilfskomitees, die fieberhaft in ganz England mit mehr als 400 000 freiwilligen Helfern tätig sind, zeugen von dem Hunger- und Elendszustand in allen Kohlenrevieren.

In einer Familie in Leicestershire, die aus 14 Personen besteht, beträgt die wöchentliche Brotrechnung allein fast zwölf Schillinge, für alle übrigen Lebensnotwendigkeiten bleiben nur wenige Pence übrig. Eine Ärztin, Dr. Marion Philips, schildert in der sozialistischen Tageszeitung „Daily Herald" nicht Ausnahmefälle, sondern die Verhältnisse, wie sie typisch sich überall zeigen. „Die Unterernährung schreitet einer Sichel gleich durch die Kohlenfelder, Krankheit und Tod im Gefolge. Die Kindersterblichkeit ist besonders groß. Die Kinder sind vielfach zum Tode verdammt, ehe sie geboren sind. Alle leiden schrecklichen Mangel an Nahrung und Kleidung. In Kent brach eine Frau auf der Straße zusammen, wie der Arzt bescheinigt, ist sie, Mutter von sieben Kindern, völlig unterernährt. Viele Gegenden sind Zentren der Invalidität geworden, Aborte sind in alarmierendem Ausmaße gestiegen. In einem einzigen Bergarbeiterdorf in Schottland liegen 300 Frauen krank darnieder."

In der ganzen Welt beginnt man zu begreifen, daß der Kampf der englischen Arbeiter ein internationaler Kampf ist. Deshalb rufen auch wir sozialistischen Ärzte alle Hand- und Kopfarbeiter auf, den Kämpfenden und ihren leidenden Angehörigen ihre Solidarität durch sofortige praktische Hilfe zu bekunden.

Ewald Fabian

Wanderausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums

Nach Schluß der Gesolei soll die dort befindliche Ausstellung, noch verstärkt durch weiteres Material, auf eine Rundreise durch Deutschland geschickt werden. Es ist von Wichtigkeit, daß schon bald die für eine solche Ausstellung in Betracht kommenden Orte sich bei der Geschäftsstelle in Berlin-Wilmersdorf, Motzstraße 36, melden und über die Bedingungen Auskunft einholen. Die Kosten vermindern sich erheblich, wenn die Ausstellung in ununterbrochener zeitlicher Folge benutzt werden kann.

Polizeistunde und sozialistische Ärzte

Interessentenkreise benutzten den Wechsel im preußischen Innenministerium, um gegen die 1 Uhr-Polizeistunde von neuem Sturm zu laufen. Alle möglichen und unmöglichen Gründe wurden angeführt, um die Notwendigkeit zu beweisen, die Vergnügungslokale die ganze Nacht hindurch geöffnet zu halten. Der Vorstand des „Vereins Sozialistischer Ärzte" hat demgegenüber, allerdings ohne Erfolg, an den neuernannten Minister das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Berlin, den 6. Oktober 1926.

An das
Preußische Ministerium des Innern,
z. Hd. des Herrn Ministers,
NW 7, Unter den Linden 72/73.

Laut Notgesetz vom 23. II. 1923 § 2 Abs. I erläßt die oberste Landesbehörde Bestimmungen über die Festsetzung und Handhabung der Polizeistunde.

Der Verein Sozialistischer Ärzte hat in Erfahrung gebracht, daß von Seiten der Interessenten eine Verlängerung oder gar Aufhebung der Polizeistunde erstrebt und als Grund vorgeschützt wird, die schlechte wirtschaftliche Lage Deutschlands verlange diese Änderung zur Hebung der Arbeitsverhältnisse und des Fremdenverkehrs.

Daß diese Gründe nicht stichhaltig sind, zeigt ein Blick auf andere Länder mit starkem Fremdenverkehr, wie England oder die Schweiz: Zürich hat eine Polizeistunde um 12 Uhr, in England ist Schluß der Schankstätten um 10 Uhr, in London um 11 Uhr.

Nicht die Fremden und nicht die nachts Arbeitenden, sondern hauptsächlich die seßhaften Einwohner, die nachts ihrem Vergnügen nachgehen, verlangen die Aufhebung der Polizeistunde.

Als Ärzte und Sozialisten fühlen wir uns verpflichtet, auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und moralischen Gefahren hinzuweisen, die erfahrungsgemäß gerade

in den Stunden nach Mitternacht der Alkoholmißbrauch und damit verbunden der Mißbrauch narkotischer Mittel nach sich zieht. Im Hinblick auf die schlechten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland muß der Alkoholkonsum, für den 1925 $3^1/_2$ Milliarden Mark ausgegeben wurden, verringert werden. Preußen als größter Staat darf darum nicht die Polizeistunde verlängern oder gar aufheben.

Der Vorstand des Vereins Sozialistischer Ärzte
Dr. Ernst Simmel, 1. Vorsitzender. Dr. Ewald Fabian, 1. Schriftführer.

Entschließung des VSÄ zu den Mißständen im »Deutschen Roten Kreuz«

In letzter Zeit hat das Rote Kreuz immer häufiger durch verschiedene Affären Aufsehen erregt (Wannseeunglück, Lotteriekorruption, Schles. Bahnhofsaffäre). Andererseits bestätigen Veröffentlichungen über die Tätigkeit des R. K. (Adele Schreiber im „Tagebuch", cf. Aufsatz über die Kriegsrüstungen des R. K. in der „Welt am Abend") immer wieder den Verdacht, daß das Rote Kreuz weitgehendst seine Organisation in den Dienst erzreaktionärer Interessen, besonders militaristischer Propaganda, stellt, während es vorgibt, nur den gesundheitlichen und sozialen Interessen des gesamten Volkes zu dienen und sich daraufhin auch staatlich-pekuniärer Unterstützungen erfreut.

Die Vereinsversammlung des V. S. Ä. am 12. 7. 1926 im Berliner Zahnärztehaus hat sich nach einem Referat von Dr. Heinrich Dehmel in ausführlicher Diskussion mit den Vorgängen im Roten Kreuz beschäftigt. Sie protestiert gegen die unverantwortliche und leichtfertige Art, mit der zum Zwecke lediglich einer Paradeschaustellung mit Filmaufnahmen (sogenannte Rettungsübungen) Menschenleben aufs Spiel gesetzt wurden, wobei ein Todesopfer (der Schüler Jähnke) zu beklagen ist.

Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, dem Roten Kreuz ihr Vertrauen zu entziehen und in Zukunft ihre Unterstützung und ihre im Dienste der Volksgesundheit notwendige Mitarbeit ausschließlich den Arbeitersamariterorganisationen zuzuwenden. Es erscheint dem V. S. Ä. verhängnisvoll und irreführend, wenn bei dem heutigen im Roten Kreuz vorherrschenden Geiste in seinem Vorstand Vertreter des A.D.B.G. Ehrenposten bekleiden.

Die Rationalisierung der Schulzahnpflege und die schulärztliche Versorgung der Stadt Berlin

Ueber dieses sozialhygienisch wichtige Thema hielt Gen. Prof. Kantorowicz-Bonn im Berliner Verein für öffentliche Gesundheitspflege einen überaus interessanten Vortrag, dessen Grund-

gedanken der Vortragende bereits vor Jahresfrift im V.S.Ä. entwickelt hat. Während die Schulzahnpflege alten Stiles das einzelne Kind zum Objekt hatte und nur auf die Wiederherstellung der Gesundheit des Individuums bedacht war, kennt die moderne Schulzahnklinik nur ein Ziel: die planmäßige Sanierung der Zähne der gesamten Schuljugend und zugleich die Erziehung zu einer ordnungsgemäßen Zahnpflege. Die Schulzahnpflegestätten alten Stiles kennen vielfach überhaupt noch nicht den Begriff des Sanierungseffektes. Die neue Schulzahnpflege erreicht Sanierungsresultate von 90—95 Prozent. Dieses Ziel wird mit geringstem Personal- und Kraftaufwand erreicht.

Planmäßige Vereinfachung der Buchführung, der Instrumente etc. bewirken eine große Zeitersparnis. Dazu kommt als Hauptfaktor, daß das Kind so frühzeitig als möglich zur Beobachtung kommt und daß daher nur eine sehr einfache Behandlung vorzunehmen ist. Auf diese Weise kann heute ein Zahnarzt 6000 Kinder betreuen und gesund erhalten.

Die Stadt Berlin hat 1924 für die Schulzahnpflege 330 000 Mark aufgewendet und eine Zahnärztezahl beschäftigt, die etwa 33 hauptamtlich tätigen Zahnärzten entspricht, mit einem so kleinen hygienischen Gesamteffekt, daß er kaum statistisch zu erfassen ist. Mit 44 Zahnärzten und einem Kostenaufwand von 440 000 Mark könnte das Ziel erreicht werden, die verbreitete Volkskrankheit fast bis zum Verschwinden unter der Schuljugend auszurotten. In Bonn, wo unter Leitung von Kantorowicz seit Jahren so planmäßig gearbeitet wird, ist der große Erfolg bereits zu verzeichnen. Dort geht man jetzt dazu über, die in der Volksschule begonnene Arbeit in den Fortbildungsschulen fortzusetzen. Nach denselben Prinzipien führt der erste proletarische Staat der Welt, Sowjet-Rußland, die obligatorische Gesundheitspflege auf diesem speziellen Gebiete durch. Die zahnärztliche Sektion des Kommissariats für Volksgesundheit hat einen weitgehenden Plan aufgestellt für den systematischen Kampf mit der Zahnkaries auf dem Wege der Prophylaxe und der Sanierung der Schuljugend.

E. F.

Sozialhygienische Institute in Sowjet-Rußland

Das **„Obuch"-Institut für Gewerbekrankheiten** besteht seit Juli 1923 und ist das einzige Institut der Sowjetunion, das das Studium der Berufskrankheiten betreibt. Bei seiner Arbeit stützt sich das Institut auf seine Mitarbeiter bei den einzelnen industriellen Unternehmungen, wobei es auch Ärzte aus den Laboratorien, den Krankenhäusern, den Fürsorgestellen der Fabriken heranzieht. Es hat bisher in 55 Unternehmungen mit einer Arbeiterschaft von 26 625 Personen die technischen Arbeitsverhältnisse untersucht.

Das Institut beschränkt den Rahmen seiner Tätigkeit nicht nur auf die Untersuchung der bekannten Berufskrankheiten wie

Vergiftungen, sondern erstreckt sich auch auf die Untersuchung der Berufsausübung und auf die Gesamtkonstitution des Organismus.

Sehr große Bedeutung hat die Beratungsstelle, die eine Auswahl unter den Arbeitsbewerbern vornimmt. Das Institut bestimmt hier die Eignung des Arbeiters für den betreffenden Beruf auf Grund der körperlichen Beschaffenheit seines Organismus und psychotechnischer Untersuchung. Die Aufgabe der Beratungsstelle besteht darin, der Industrie gesunde Arbeiter mit größter Arbeitsleistungsfähigkeit zuzuführen.

Das Institut arbeitet in engem Kontakt mit den Gewerkschaften und Unternehmungen und hat so auf die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und sanitären Verhältnisse in den Betrieben großen Einfluß.

Seine für die soziale Medizin sehr wertvollen Forschungen veröffentlicht das Institut in seinem Organ „Gesunde Arbeit und Revolution der Lebensweise".

Daneben gibt das Institut für die Arbeiter der von ihm untersuchten Unternehmungen Merkblätter heraus, in denen die wichtigsten Verhaltungsmaßregeln zum Schutze der Gesundheit enthalten sind.

Das Institut für gerichtliche Psychiatrie. Das Moskauer „Serbski"-Institut für gerichtliche Psychiatrie ist vor fünf Jahren gegründet worden. Ihm werden diejenigen eines Strafvergehens angeklagten Personen überwiesen, bei denen das Gericht an ihrer Zurechnungsfähigkeit zweifelt. Erklärt das Institut die Unzurechnungsfähigkeit eines Angeklagten, so wird das Verfahren gegen den Angeklagten eingestellt.

Während seines Bestehens hat das Institut 1879 Personen untersucht. Darunter war der siebente Teil Frauen. Über die Hälfte der Untersuchten stand im Alter von 20 bis 30 Jahren. Ungefähr 50 Prozent der dem Institut Überwiesenen waren wegen Eigentumsvergehen angeklagt.

Die Mehrzahl der dem Institut Überwiesenen sind Psychopathen. An zweiter Stelle stehen Epileptiker, dann folgen Schizophrene und Unfallsneurotiker. Besonders grausame und schwere Verbrechen werden von den Epileptikern ausgeführt, die auch vor den blutigsten, raffiniertesten Gewalttaten nicht zurückschrecken.

Das Institut hat eine große Sammlung photographischer Aufnahmen der Verbrecher und ihrer Arbeiten von der Zeit ihrer Einlieferung an (Zeichnungen, Dichtungen usw.) angelegt.

Vom Arbeiter-Samariter-Bund

Aus dem letzten vorliegenden Jahresbericht des Kreises I (Brandenburg) geht hervor, daß erfreuliche Fortschritte des Bundes zu verzeichnen sind. Zwölf neue Kolonnen konnten gegründet und mit dem erforderlichen Lehrmaterial ausgerüstet

werden. Mannigfache Schwierigkeiten sind noch zu überwinden. Manchen Kolonnen fehlen Ärzte zur Abhaltung von Lehrkursen, so daß der Kreisvorstand Prüfungen vornehmen mußte. Außerdem stehen nicht überall geeignete Räume von seiten der Gemeindebehörden zur Verfügung. Wir möchten den vielfachen Appell an die sozialistischen Ärzte unterstützen, damit sie den Arbeiter-Samaritern helfen, eine wirklich leistungsfähige Organisation zu schaffen. Insbesondere bitten wir um Meldung von Mitgliedern des V. S. Ä. und sympathisierenden Kollegen, die gewillt sind, in folgenden Orten die Leitung der Lehrkurse zu übernehmen:

Arnswalde, Berlinchen, Brieselang, Eberswalde, Fredersdorf, Gransee, Hegermühle, Hennigsdorf, Müncheberg, Nauen, Neuruppin, Oderberg, Potsdam, Prenzlau, Pritzwalk, Zehdenick und Zossen.

Sportärztliche Beratung

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund will für seine Groß-Berliner Mitglieder regelmäßige sportärztliche Beratung durchführen und hat den VSA um seine Unterstützung gebeten. Es kommen solche Mitglieder des VSA in Frage, die eine gewisse Erfahrung in sportlicher Beziehung resp. in der Beobachtung von Sporttreibenden haben. Die Kollegen, die sich zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, ihre Anschrift an Dr. Bergmann, W 30, Martin-Luther-Straße 77, zu senden, der dann Näheres mitteilen wird.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Günther Rosenthal †

Auf tragische Weise, infolge einer Infektion, verschied plötzlich und unerwartet im August d. J. unser Kollege und Genosse Dr. Günther Rosenthal, der Bruder unseres Vorstandsmitgliedes Franz Rosenthal. Erst vor wenigen Monaten trat der junge Kollege dem V. S. Ä. bei, betätigte sich aber bereits längere Zeit bei mannigfachen Arbeiten unserer Organisation. Durch seine eifrige Mitarbeit und sein liebenswürdiges Wesen gewann er sich bei allen, die ihm näher traten, die größte Sympathie. Wir werden dem so jäh von uns gerissenen Genossen ein dankbares Andenken bewahren!

Raphael Silberstein †

Am 23. August 1926 starb Raphael Silberstein an den Folgen einer Gallensteinoperation. — Die Trauer, die uns, die Mitglieder des Vereins Sozialistischer Aerzte, um den Tod dieses Mannes erfüllt, ist in gewissem Sinne eine zwiefache. Denn unsere Vereinigung hat ihn nicht erst jetzt, sondern bereits vor zwei Jahren verloren, als er aus unseren Reihen ausschied, um die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Aerzte zu begründen.

Silberstein war seit dem Tage der Gründung unseres Vereins im Jahre 1913 Vorstandsmitglied. Als vor einigen Jahren Genosse

Zadek, der von uns allen verehrte Führer der sozialistischen Aerzte Deutschlands, die Vorstands l e i t u n g aus Gesundheitsrücksichten niederlegen mußte, war es uns allen selbstverständlich, daß niemand ein geeigneterer Vertreter Zadeks sein konnte als Silberstein.

Wir erinnern uns dankbar an die Zeit, als unter s e i n e m Vorsitz der Verein mit den ersten grundlegenden Arbeiten über die Ausgestaltung der Sozialisierung des Heilwesens begann, und waren und sind ihm dankbar dafür, daß er unter Einsatz seines ganzen temperamentvollen Wesens, frei von jedem persönlichen Ehrgeiz, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für die Konsequenzen seiner Anschauungen eintrat. Er war unbeirrbar in der Ansicht, daß die Aerzteschaft gewerkschaftlich organisiert sein müsse, und es daher Pflicht jedes sozialistischen Arztes sei, Mitglied der bestehenden a l l g e m e i n e n gewerkschaftlichen Organisation zu sein. — In Konfliktszeiten war Silberstein im Groß-Berliner-Aerztebund wie speziell in der Vertragskommission ein tätiger Streiter, der über den Interessen der Aerzteschaft und der Krankenkassen niemals das Hauptziel, das Wohl der Versicherten, aus den Augen verlor. — Er gehörte zu den ersten Sozialisten, die in die Aerztekammer gewählt wurden, und war einer ihrer hervorragendsten Mitglieder, bis zu seinem Tode. —

Nachdem ihm schließlich die Leitung des gesamten Medizinalwesens in Neukölln übertragen worden war, hat er besonders beweisen können, wie ernst es ihm um die Vertretung sozial-hygienischer Interessen im Dienste des Proletariats war. — Die Verdienste, die Silberstein sich dann als Sozialhygieniker und Kommunalpolitiker erworben hat, sind uns allen zu gut bekannt, um hier noch einmal aufgezählt zu werden. Sie fanden in den vielen Nachrufen, die die Fachpresse und die Tageszeitungen seinem Andenken widmeten, eine eingehende Würdigung.

Desto schmerzlicher war es für uns, daß gerade damals, als seine Betätigungsmöglichkeiten nach außen immer weitgehendere wurden, sich ihm die Blickrichtung für die Leitung unseres Vereins verschob. — Als Kommunalpolitiker, der wohl auch besondere Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner Ziele zu überwinden hatte, wenn, bedauerlicherweise, die sozialistischen Fraktionen nicht einheitlich zusammenarbeiteten, fühlte er sich wohl mehr und mehr lediglich als Exponent der Partei. So kam es, daß er leidenschaftlich geführte Debatten in unseren Sitzungen als Parteihader ansah, während in Wirklichkeit nur Temperament und ehrliche Begeisterung um den Sieg von Ideen kämpften. Dabei bestand gerade damals — wie auch noch heute — zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Kollegen in unserer Vereinigung eine absolut einheitliche Auffassung in allen a k t u e l l e n ärztlichen Fragen. — Alle waren sich in dem einen Prinzip einig, daß, unter Wahrung des ärztlichen Koalitionsrechtes, ein Weg gefunden werden mußte, der im Interesse der Versicherten nicht nur zur Verständigung mit den Kassen führen, sondern darüber hinaus alle Ansätze zu einer Sozia-

lisierung des Heilwesens entwickeln sollte, um eine wirklich grundlegende Gesundung der unhaltbaren Zustände in der Krankenversorgung herbeiführen zu können.

Silberstein hatte damals vergessen, daß wir, der Stamm des Vereins Sozialistischer Aerzte, uns schon lange als Menschen kannten und schätzten, e h e es überhaupt sozialistische Parteiungen gab. — Konnte es im Sinne irgendeiner Entwicklung liegen, menschliche Beziehungen, die im Dienste einer Idee, wie der des Sozialismus, bereits organisatorisch zusammengefaßt waren, wieder auseinanderzureißen? — Ist es nicht gerade Pflicht gegenüber der Sache des Proletariats, das unter den Parteispaltungen leidet, eine Einheitlichkeit zu bewahren, da, wo sie seit vielen Jahren besteht, — bei uns begründet auf der gemeinsamen Basis sozialistischer ärztlicher Berufsauffassung?

Die letzten zwei Jahre unserer Vereinstätigkeit, die sich ja auch in diesen Blättern wiederspiegelt, hat bewiesen, daß Silbersteins Resignation und Pessimismus unberechtigt waren. — Er selbst muß das auch bereits erkannt haben. Aber der Tod hat ihm den Rückweg zu uns verlegt. — Wir trauern daher doppelt um ihn, denn wir haben einen von den Besten verloren, der nicht mehr unser war.

E. Simmel

Veranstaltungen des VSÄ

Am 14. Juni d. J. versammelte sich eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft im „Zahnärztehaus" und folgte interessiert den Ausführungen des Gen. Dr. S. Bernfeld über „Sozialismus und Psychoanalyse". An der sehr regen Aussprache beteiligten sich Otto Kaus, B. Lantos, R. A. Dr. Ed. Alexander, Dr. Vali Adler, Schulrat Dr. Ausländer, Ernst Simmel. Im übrigen verweisen wir auf das in diesem Heft abgedruckte Referat und die Diskussionsbemerkungen.

Eine weitere Versammlung war dem Thema: „Das Rote Kreuz im Lichte der Öffentlichkeit" gewidmet. Der Redner, Gen. Heinrich Dehmel, kritisierte mit größter Schärfe die politische reaktionär-feudale Einstellung des Roten Kreuzes, sowie sein höchst zweifelhaftes Geschäftsgebaren. Er ging im besonderen auf die Mißstände ein, die bei der im Herbst 25 veranstalteten Lotterie „Wohnung und Hausrat" zu Tage traten. 420 000 Lose zu je 1 Mark wurden vom Roten Kreuz verkauft unter dem Vorwand des wohltätigen Zweckes, der Tuberkulosefürsorge; 10 000 Mark, also ein geringer Bruchteil der Lotterieeinnahme, die zumeist aus den Taschen kleiner Leute mit mildtätigem Sinn stammt, sind dem versprochenen Zwecke zugeflossen. Dehmel erklärte es für unmöglich, eine einigermaßen klare Einsicht über die Finanzwirtschaft des Roten Kreuzes zu erhalten, sowohl in diesem Einzelfalle, wie auch bei der Verwaltung der Einnahmegelder im allgemeinen. In manchen Abteilungen verwende man 80—90 Prozent der Einnahmen zu Verwaltungszwecken und Personalausgaben. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Oeffentlichkeit, beizutragen an der Aufklärung der politischen und finanziellen Mißstände beim Deutschen Roten Kreuz.

In der Diskussion versuchte der Vertreter des Roten Kreuzes, Regierungsrat Grieneisen, vergeblich, die schweren Anklagen als unberechtigt zu zerstreuen, er konnte über die vorgebrachten objektiven Tatsachen nicht durch die Ausrede eines „besonderen Aufgabenkreises"

hinwegtäuschen. Die übrigen Diskussionsredner, die Gen. Klauber, Ruben-Wolf, Benjamin, Bornstein betonten die Wichtigkeit der prinzipiellen Stellungnahme der sozialistischen Ärzte und der Arbeiterschaft gegen das Rote Kreuz. Die Hauptmitgliedschaft des Roten Kreuzes seien Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich nicht länger am Gängelband der aristokratisch-militaristischen Rote-Kreuz-Führerschaft politisch mißbrauchen lassen dürften, die das Rote Kreuz verlassen und sich dem Arbeiter-Samariter-Bund anschließen müßten.

Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde angenommen und außerdem ein Fünfer-Ausschuß zur Aufklärung der Mißstände beim Roten Kreuz gebildet.

Am 4. Oktober hielt Gen. Klauber ein Referat über das aktuelle Thema: Typhusepidemie und Seuchenabwehr. Er gab zuerst eine Übersicht über das allgemeine Anwachsen der Infektionskrankheiten im letzten Jahre: Poliomyelitis, Paratyphus, Sumpffieber und Typhus. Er ging dann im besonderen auf die Typhusepidemie in Hannover ein und auf die Unterlassungssünden der Hannoverschen Behörden. Unser Vereinsmitglied Gen. Dr. Lange, Hannover, hat uns diese Sünden in einem ausführlichen Brief geschildert: es gibt in Hannover, einer Stadt von fast einer halben Million Einwohner, kein Gesundheitsamt, man hat versäumt, die Bevölkerung rechtzeitig und richtig aufzuklären, ja, man hat nicht einmal die Ärzteschaft frühzeitig unterrichtet, man hat zur richtigen Zeit nicht genügend Betten bereit gehalten.

Gen. Klauber behandelte sodann eingehend die Frage, inwieweit für Berlin eine Typhusgefahr vorliege und welche Faktoren die Ausbreitung einer Epidemie in Berlin begünstigen würden. Er hob drei solche Faktoren besonders hervor: die Wohnungsnot als Wurzel allen Übels und größtes Hemmnis der Epidemiebekämpfung, die mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung über Gesundheitsfragen im allgemeinen und das Verhalten bei Epidemien im besonderen, den Abbau der sozialhygienischen Maßnahmen.

Er wies noch kurz auf Rußland hin, wo zum Beispiel in der Ukraine — nach einer Statistik Rösles — die Epidemien im Verhältnis zur Vorkriegszeit stark zurückgegangen sind, als Resultat umsichtiger und eingreifender sozialhygienischer Maßnahmen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine an anderer Stelle abgedruckte Protestresolution an.

In der Diskussion betonten alle Redner — die Gen. Bejach, F. Rosenthal, Paul Levy, Simmel, Bornstein, Simon, Benjamin — die dringende Notwendigkeit umfassenderer hygienischer Aufklärung, besserer hygienischer Kontrolle, wirksameren Schutzes und Entlastung des Pflegepersonals, engerer Zusammenarbeit von Ärzten und Pflegepersonal, hygienischer Abortverhältnisse in den Schulen.

Stadtarzt Gen. Bejach (Berlin-Kreuzberg) geht insbesondere auf die Vermehrung der Typhuserkrankungen im Verwaltungsbezirk Kreuzberg ein. Auch er sieht die Ursache in sozialen Momenten, die erst die Möglichkeit zu schweren Erkrankungen schaffen. Gerade beim Typhus gelte der Satz, daß von der Aufnahme der Infektionserreger bis zur Erkrankung ein weiter Weg sei. Der Verwaltungsbezirk Kreuzberg der Stadt Berlin, in der Blütezeit des Kaiserreichs entstanden, stelle in der rücksichtslosen Ausnutzung des Berliner Bauterrains den Gipfel dar. Die Wohnverhältnisse, besonders um die Proletariergegend des Görlitzer Bahnhofs, seien mit die schlechtesten in ganz Berlin. Wenn auch durch verstärkten Einsatz der Gesundheitsfürsorge Abhilfe versucht würde, dürfe man die Erwartungen nicht zu hoch spannen.

Der zweite Teil der Veranstaltung, das Referat des Gen. Pohl über Kurpfuscherei konnte der vorgerückten Zeit wegen nicht beendet werden. Das Referat soll fortgesetzt werden. Die Berichterstattung wird nach Absolvierung des zweiten Teils nachgeholt. M. Fl.

Exkursionen

Der V.S.Ä. wird im Verlaufe des Winters eine Reihe von Instituten zum Studium der Sozialhygiene und der sozialen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung besichtigen. Es liegt zunächst eine Einladung von Seiten des Gen. Dr. Magnus Hirschfeld zum Besuche des Instituts für Sexualwissenschaft vor, der wir Ende November Folge leisten werden. Ferner ist uns der Besuch des Strafgefängnisses in Tegel genehmigt worden. Ein Bericht über diese Besichtigungen folgt in der nächsten Nummer.

Pressefonds

Bei dem geringen Jahresbeitrag, den der V. S. Ä. erhebt, und bei den großen Anforderungen unserer Agitationsarbeit sind wir zum Ausbau unserer Zeitschrift auf außerordentliche Zuwendungen für den Pressefonds angewiesen.

Es gingen in letzter Zeit ein: G. Math. 5.—; H. S. 100.—; Schönbeck (Elbe) 10.—; A. H. 40.—; L. Klauber überwiesenes Artikel-Honorar 30.—; E. Fabian ebenso 15.—; S. 1.—; J. (Hagen) 5.—; F. S. 25.—; Sammlung Eva R. 16.—; Sammlung L. Gl. 18.75; Intern. Bund f. Opfer des Krieges 50.— Mark.

Wir bitten Mitglieder und Freunde des V. S. Ä. sowie Arbeiter- und Kulturorganisationen um weitere Beiträge an die Adresse des Kassierers F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175. (Postscheck-Konto: Berlin 189.)

Neue Mitglieder

In den V. S. Ä. wurden aufgenommen in Berlin: Gertrud Herzfeld; Sabina Sarscheska; Alfred Döblin; Otto Juliusberger; Hilde Maas; H. E. Haas; B. Lewin; Marianne Spieß; Hans Haustein; Günther Rosenthal †; A. Loofs; Kurt F. Friedländer; A. Pohl; Erich Lewy; Bahrmann; H. Bergmann; W. Leibbrand; in Frankfurt a. M.: Hertha Riese; in Breslau: Eugen Silbermann; Neufeld; in Stuttgart: W. Dietrich: in Hamburg: Rika Orthmann; Weitemeyer; in Altona a. E.: M. Friedland; Magdeburg: Stadtarzt K. Marquardt; in Jena: F. Hube; in Leipzig-Neustadt: Eduard Blumberg.

Bücher und Zeitschriften

(Besprechungen vorbehalten)

Demographische Rundschau, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Reichsfachverbände. Geschäftsstelle: Charlottenburg 5, Frankstr. 3.

Von dieser neuen Zeitschrift, die der bekannte Oberregierungsrat Dr. E. Roesle redigiert, liegt jetzt Nr. 3 vor. Neben sehr wertvollen Originalartikeln — wir erwähnen den Aufsatz von dem Herausgeber über „die Magdeburger Fehlgeburtenstatistik vom Jahre 1924“ — und sehr reichhaltigen demographischen Materialien finden wir in dem Heft eine gute Literaturübersicht aus dem Gebiete der Sozialhygiene aller Länder. E. F.

Jahrbuch der Krankenversicherung 1925. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H. Berlin 1926.

Die umfangreiche Schrift gibt ein klares Bild von der Entwicklung der deutschen Sozialversicherung und von den bedeutenden Leistungen der Krankenkassen. Sie werden gegenwärtig stark beeinträchtigt durch die ständige Wirtschaftskrise mit der nach Millionen zählenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die ein Steigen des Krankenstandes und einen Rückgang der Beiträge zur Folge haben. Dazu kommt der konzentrierte Angriff der Kapitalistenklasse, die den Abbau der Soziallasten ungeachtet der zerrütteten Volksgesundheit fordert. Die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen wird ferner behindert durch die Zersplitterung der Krankenkassen, obwohl eine kleine Besserung in dieser Hinsicht zu verzeichnen ist. Es gab:

	1914	1924
Versicherte	rund 15 Millionen	17 Millionen
Krankenkassen	„ 9800	7700

Aber immer noch bestehen Kassen mit einigen Dutzend Mitgliedern und werden sogar mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden neu gegründet. Die überragende Bedeutung der Ortskrankenkassen ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Versichert sind in den		
Ortskrankenkassen:	11 600 000	Personen
Betriebs- „	3 300 000	„
Land- „	2 000 000	„
Innungs- „	300 000	„

Noch stehen in Deutschland etwa 45 Millionen außerhalb der Krankenversicherung, die zum großen Teil den Schutz vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krankheiten notwendig haben.

Einen großen Raum nimmt in dem Jahrbuch die Behandlung der Arztfrage ein und insbesondere der Kampf der Ärzte gegen die Ambulatorien. Wenn auch kein offener Krieg in der letzten Zeit zwischen den Krankenkassen und den Ärzte- wie Zahnärzteorganisationen ausgebrochen ist, so besteht doch ein mehr oder weniger latenter Kampfzustand. Der „Verein Sozialistischer Ärzte" hat immer wieder Vermittlungsversuche unternommen und im Interesse der Volksgesundheit und unter Berücksichtigung der notwendigen Entwicklung des Heilwesens seine Plattform den streitenden Parteien angeboten, die sich etwa so darstellt: Das Ambulatorium ist als kooperativer Betrieb gegenüber der individualistischen Arbeitsweise unbedingt vorzuziehen. Die heutigen Krankenkassenambulatorien, die aus verschiedenen Gründen minderwertig sind, müssen zweckentsprechend ausgebaut werden. Hierzu bedarf es der Mitarbeit der Ärzteschaft und der organisatorischen Umgestaltung der jetzigen Behandlungsstellen, indem Ärzteschaft, Versicherte und Organe der Versicherung an der Leitung und Kontrolle beteiligt werden. Als Übergangsmaßnahme zum mindesten haben wir vorgeschlagen, es jedem Kassenmitglied und seinen Angehörigen zu überlassen, entweder das Ambulatorium oder den freigewählten Kassenarzt aufzusuchen. Diese Regelung, die sich auch auf die Zahnkliniken erstrecken soll, müßte geeignet sein, den Kampfzustand bei gutem Willen beider Organisationen zu beendigen.

Zum Kapitel der Volksgesundheitspflege finden wir im Jahrbuch eine große Zahl von interessanten Beiträgen bekannter Fachkollegen, die wir nicht sämtlich anführen können. Wir erwähnen nur B. Chajes: Öffentliche Gesundheitspflege; K. Bornstein: Hygienische Volksbelehrung; Alf. Fischer: Mutterschutz und Säuglingsfürsorge; H. Ulrici: Bekämpfung der Tuberkulose; H. Kampffmeyer-Wien: Wohnungsfürsorge.

Ewald Fabian

Der Kassenarzt. Schriftleitung: Dr. Julius Moses. 3. Jahrg. Nr. 36 vom 11. Sept. 1926 enthält u. a. von Dr. Karl Kautsky: „Das Pauschalsystem in der Krankenversicherung". Dieses Referat wurde in der Wiener Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte gehalten.

Der Sanitäter (Mitteilungblatt für die internationale Sanitätsarbeiterbewegung. Führerverlag Berlin NW 6) bringt in der Juli/August-Nummer wiederum sehr reichhaltiges Material über das im Gesundheitswesen der verschiedenen Länder tätige Personal. Ein ausführlicher Artikel behandelt die Lage der Krankenhausärzte in Deutschland. Kritisch nimmt der Sanitäter Stellung zum Deutschen Ärztetag in Eisenach und zum letzten Krankenkassentag in Düsseldorf. E. F.

Schriften für Volksgesundheit Heft 1 u. 10. Welche Stellung hat die Arbeiterschaft einzunehmen zu den verschiedenen Heilmethoden und ihren Organisationen? Von Hermann Wolf.

Der Zug nach Sunokampo. Lebensreformerspiel in 4 Akten von Hermann Hauptmann. Verlag: Volksgesundheit Dresden A., Schützenplatz 18.

Zur Reform des Sexualstrafrechts. (Sexus Bd. IV. Verlag Ernst Bischer, Bern und Leipzig.)

Der amtliche Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuchs weist gerade auf dem Gebiet der Sexualdelikte so wenig Verbesserungen, dagegen so viele Verschlechterungen auf, daß er nicht dazu angetan erscheint, Autorität und Recht zu stärken. Mittermaier legt die Unsinnigkeit der Aufrechterhaltung des Incestverbotes und der Bestrafung homosexueller Handlungen dar. Die schwere Ahndung dieser Verfehlungen wird damit gerechtfertigt, daß sie dem gesunden Volksempfinden strafwürdig erscheinen. Demgegenüber betont Hiller, nur gesellschaftsschädliche Handlungen seien strafwürdig. Handlungen, die „mit gegenseitiger Einwilligung" vorgenommen werden, sind aber völlig denjenigen gleich, welche ein Mensch für sich ausübt. Kronfeld bemängelt, daß in der Strafprozeßordnung der Begriff der Haftunfähigkeit nicht festgestellt ist; durch den Erlaß vom 23. 8. 1924 ist selbst schwere Lungentuberkulose kein Grund zur Haftentlassung, sondern nur eine Krankheit, die jeden Fluchtverdacht ausschließt. Werthauer weist auf die Rückständigkeit der Ehegesetzgebung hin, die Ehegesetzgebung in Rußland sei fortschrittlich und habe sich bewährt; Juliusburger macht die Fülle der Todesstrafen für die wachsende Zahl der schweren Verbrechen mitverantwortlich. Dührssen hebt hervor, daß, abgesehen von den allzu bekannten verhängnisvollen Wirkungen des § 218, durch die unter dem Gesetzeszwang allzuhäufige konservative Behandlung wirklich schwerkranker Schwangeren jährlich tausende von Frauen zugrunde gehen. Magnus Hirschfeld bemängelt, daß der § 51 die Unzurechnungsfähigkeit wegen Bewußtseinsstörung viel zu selten angewandt wird. Nach reichsgerichtlicher Entscheidung sollte nur bestraft werden, wenn die Zurechnungsfähigkeit dargetan sei; nicht nur bei Unzurechnungsfähigkeit, sondern schon bei Zweifeln über die Zurechnungsfähigkeit soll Freisprechung erfolgen. Franz Rosenthal

Max Hodann: Bub und Mädel. Gespräche unter Kameraden über die Geschlechterfrage. 5. Auflage. Der Greifenverlag zu Rudolstadt (Thür.).

Woher die Kinder kommen. Ein Lehrbuch, für Kinder lesbar. Greifenverlag.

Hodann's Schrift: Bub und Mädel, die soviel — bürgerlichen — Staub aufgewirbelt hat, sollte man neben den Jugendlichen, für die sie bestimmt ist, recht viel proletarischen Eltern und besonders auch

Ärzten und Erziehern gerade der älteren Generation in die Hände wünschen. Offenheit und Ernst dieser Gespräche sind vorbildlich und scheinen mir in den naturgemäß schwierigst zu behandelnden Kapiteln (Praeventivverkehr, Abtreibung usw.) gerade am besten zu Tage zu treten, ebenso wie hier auch der Hinweis auf den Zusammenhang mit gesellschaftlichen und sozialen Einrichtungen klar und faßlich hervortritt. Selbstverständlich kann man verschiedener Meinung sein, wo die Grenze des notwendig dem jungen Menschen zu Vermittelnden zu ziehen ist; daß aber in einer Zeit, wo die Statistiken über Geschlechtskrankheiten bei Kindern in allen großen Städten erschreckend wachsende Zahlen aufweisen, mit dem Dunkelmännertum in jeglicher Form aufzuräumen sei, darüber kann unter Ärzten und Sozialisten wohl nur eine Ansicht herrschen. — Die zu dieser Schrift zusammengefaßten Gespräche entstammen dem Kreis der proletarischen Jugendbewegung, und diese erweist sich darin wieder als der einzige wahre und lebensfähige Erbe der einstigen, guten, jungen Wandervogelbewegung. — Hodann's Buch für Schulkinder: „Woher die Kinder kommen" wünschte man selbst als Kind gelesen zu haben: Kinder ohne Tanten- und Gouvernantenweisheit bekommen daraus eine gesunde, natürliche, kindlicher Auffassung angepaßte Grundlage naturwissenschaftlichen Denkens.

E. Rothmann-Berlin

Bücher des Werdenden, herausgegeben von Paul Federn-Wien und Heinrich Meng-Stuttgart.

Bd. 1. Wenn die Menschen reif zur Liebe werden von Eduard Carpenter. Preis geb. 4,— M. Hippokrates-Verlag, Stuttgart.

Dieses Werk des bekannten englischen Sozialisten ist vor einem Vierteljahrhundert geschrieben und in die verschiedensten Sprachen übersetzt worden. Seine große Wirkung und Bedeutung beweist die eine Tatsache, daß in deutscher Sprache jetzt das 35. Tausend erschienen ist. Das Buch hat wesentlich dazu beigetragen, daß neben dem ökonomischen Problem der sexuellen Frage die gebührende Bedeutung zuerkannt wurde und daß man zu dem Problem der Liebe natürlich, ohne Schüchternheit und ohne Brutalität, Stellung nahm. Es schien den Herausgebern geboten, das Werk wie die Einleitung in der neuen Ausgabe fast unverändert zum Abdruck zu bringen. Etliche Verbesserungen des Textes wurden vorgenommen, Anmerkungen, Erläuterungen und Erklärung der Fremdworte machen das Werk zu einem guten Volksbuch.

E. F.

Die Neue Generation. Herausgegeben von Dr. Helene Stöcker. 22. Jahrg., Heft 8/9. Verlag Berlin-Nicolassee.

Jedes Heft dieser Zeitschrift, ganz besonders aber dieses, zeigt, wie die Herausgeberin klug, großzügig, mit umfassendem Geist ihr Hauptproblem, die Sexualreform, mit allen Fragen des Lebens, der Wissenschaft, der Politik verknüpft. Es entspricht vollkommen ihrer aktiven Einstellung zu Leben und Politik, daß sie dieses Problem nicht nur biologisch, moralisch und juristisch behandelt, sondern es wirklich universal betrachtet. Daher kommt es, daß man auch wieder in diesem Heft auf den mannigfaltigsten, auf den Fernstehenden sicher chaotisch wirkenden, in Wirklichkeit aber sehr sinngemäßen Inhalt stößt. Besonders hervorzuheben sind neben den juristischen, biologischen, philosophischen Aufsätzen die Ausführungen über aktuelle politische Bewegungen: revolutionärer Pazifismus, Volksentscheid zur Fürstenenteignung, die Probleme der Abrüstung, des Giftgaskrieges im Zusammenhang mit dem Völkerbund. Mit Recht muß vor den dringenden allgemeinen aktuellen Fragen hier einmal das engere Gebiet des Mutterschutzes — das Ausgangsgebiet der Herausgeberin — zurückstehen: es wird nur in einer kritischen Betrachtung der Gesolei behandelt.

Minna Flake

„Soziale Hygiene Nr. 5“, Moskau—Leningrad.

Diese Zeitschrift behandelt alle Fragen der sozialen Hygiene, der Gesundheitsfürsorge im weitesten Sinne für die werktätigen Massen. Das System der Gesundheitszellen in den Betrieben und Häusern bildet die gewaltige, tief in den Massen wurzelnde Organisation des Narkomsdraw, die gleich einem Spinngewebe die entferntesten Gebiete der Sowjetunion miteinander verbindet und den ständigen Kontakt mit dem täglichen Leben ermöglicht. Die Parolen des Lebens sind stets die Parolen der Sowjetmedizin.

„Näher dem Leben, näher den großen Aufgaben der Revolution zur Festigung ihrer Errungenschaften. Auf zur Hilfe der breiten werktätigen Massen durch Steigerung der Arbeit im Medizinwesen, zur Sanierung von Arbeits- und Lebensbedingungen durch Einführung von Vorbeugungsmaßnahmen: das ist das Programm der Sowjetmedizin im heutigen Moment. Einem Teil dieses Programms der Tagung der Vertreter aller prophylaktischen Lehrstühle der hohen medizinischen Anstalten ist dieses Heft gewidmet!“

„Der komplizierte Prozeß der Lebensumgestaltung, den die Revolution nach sich zog, hat die Richtung und die Aufgaben der Medizin gründlich geändert, indem er der Prophylaxe vor der Therapie eine führende Stelle eingeräumt hat. Den neuen Tatsachen entsprechend braucht das Land auch einen neuen Typus von Ärzte-Fürsorgern, der im Stande wäre, die prophylaktischen Aufgaben der Medizin ins Leben umzusetzen. Das Land braucht einen Arzt, der die prophylaktische Medizin genügend beherrscht und über die entsprechende Weltanschauung verfügt . . .“ heißt es in der Resolution der genannten Tagung. — Ferner in der Resolution zu der medizinischen Bildung:

„Die Ursachen der Massenerkrankungen der Volksschichten sind in den Bedingungen der Umgebung, im Leben selbst zu suchen. Darum sieht die Sowjetmedizin in der Sanierung der Umgebung und in der Vorbeugung aller Krankheiten, die eng mit den Arbeitsbedingungen und mit dem sozialen Leben zusammenhängen, ihre unmittelbaren Aufgaben —.“

Diese Aufgaben, die das neu umgestaltete Leben aufstellt, zu erfüllen, nimmt man in der Sowjetunion eine allgemeine Umstellung des Medizinstudiums vor. Der Arzt von Morgen darf kein enger Fachmann, sondern muß ein im Leben Wissender sein. D e r n e u e A r z t m u ß 1. eine gute naturwissenschaftliche Schulung haben, um Kenner der Gesetze der biologischen Prozesse zu sein; 2. über eine gute gesellschaftliche Schulung verfügen, um die sozialen Geschehnisse verstehen zu können; 3. ein materialistisch-denkender Arzt sein, weil sonst kein Verständnis über die Beziehungen zwischen Organismus und Umgebung möglich ist; 4. im Stande sein, die Kranken im Querschnitte ihres werktätigen Lebens und Wesens zu betrachten; 5. sich alle professionellen und sozialen Bedingungen, die zur Erkrankung führen, klar zu machen. Der neue Arzt muß nicht nur Erkrankungen heilen können, sondern die Wege zu ihrer Vorbeugung wissen.

Daher muß auch die Klinik mit sozial-prophylaktischem Inhalt erfüllt und unmittelbar mit dem Produktionsleben verknüpft sein. Die klinische Forschung muß auf Erforschung der Dynamik der Pathologie der Massen, die Untersuchung verschiedener professioneller Gruppen der Bevölkerung und ihrer Umgebung gerichtet sein. Der alte Typus der humanitären philantropischen medizinischen Betätigung wird nach der gewaltigen Umwälzung durch die neuen Forderungen des Lebens verdrängt. Die individuelle Behandlung tritt zurück und räumt der kollektiv-gesellschaftlichen Prophylaxe Platz ein. Diese bahnbrechende Umstellung des Medizinwesens ist von allergrößter geschichtlicher Bedeutung und stellt eine der wichtigsten Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion dar. Der proletarische Staat bringt damit das Medizinwesen auf die richtige Bahn: Die Erkrankungen durch Prophylaxe, d. h. Gesundheitsfürsorge, zu verhindern.

Dr. Sch. A.

Die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten wird in zahlreichen ärztlichen Veröffentlichungen der letzten Zeit behandelt. Sie findet in charakteristischer Weise eine völlig entgegengesetzte Beurteilung durch Gewerbeärzte einerseits, durch Fabrikärzte der chemischen Industrie andererseits.

Auf der Seite der Landesgewerbeärzte wird die Verordnung begrüßt, vor allem auch im Interesse der Prophylaxe der Gewerbekrankheiten. Insbesondere Teleky (Düsseldorf) betont ihre Wichtigkeit, weist auf Mängel hin und betont gegenüber den Sabotageanweisungen der Fabrikärzte, daß weitestgehende Auslegung der Verordnung, insbesondere auch der Meldepflicht leichter und fraglicher Fälle im Interesse der Arbeiterschaft notwendig sei. (Klinische Wochenschrift 1925, Heft 37; Ärztliches Vereinsblatt vom 11. 2. 1926.) — Auch Beintker (Arnsberg) verlangt weitgehende Meldung, insbesondere aller gewerblichen Ekzeme, von denen eine Reihe, trotzdem sie in den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums nicht genannt sind, ohne Zweifel entschädigungspflichtig seien. (Dtsch. medizin. Wochenschrift 1926, Nr. 23.) — Scharf wendet sich Reinheimer (Frankfurt a. M.) gegen Curschmann (s. u.). Keinesfalls seien nur die in den Richtlinien des R. A. M. genannten Krankheitsbilder melde- und entschädigungspflichtig. Auch andere Kommentare der Chemie-Fabrikärzte werden für unrichtig erklärt (Münch. medizin. Wochenschrift 1926, Nr. 15). — Dieselbe Stellung nimmt in dieser Frage Chajes ein, der wie auch alle andern Gewerbeärzte, auf die Wichtigkeit der Bestimmung über Übergangsrenten hinweist (Ztschrft. f. Schulges. Pflege u. soz. Hyg. 1926 Nr. 4).

Gerade gegen die Übergangsrenten führt die chemische Industrie durch ihre Fabrikärzte einen scharfen Kampf. So wird in der Schrift „Was muß der Arzt von der neuen Verordnung über die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wissen und welche Pflichten ergeben sich für ihn daraus“ (Herausgegeben von den Fabrikärzten der chemischen Industrie (!) Berlin, J. Springer 1925) ganz offen die Rechtmäßigkeit des § 6 der Verordnung bezweifelt, der die Übergangsrente einführt! In dieser Broschüre, sowie in der Schrift „Ärztliche Merkblätter über berufliche Vergiftungen und Schädigungen durch chemische Stoffe“ (Berlin, J. Springer, 1925), ebenfalls herausgegeben von den Fabrikärzten der chemischen Industrie, werden offenkundig falsche, viel zu eng gefaßte Indikationen über die Meldepflicht aufgestellt. Nach Ansicht der Chemie-Magnaten sollen höchstens voll ausgebildete Vergiftungen gemeldet und entschädigt werden. Im 2. Band des kürzlich erschienenen Handbuchs der sozialen Hygiene weist Teleky ausdrücklich auf diese Irreführung hin, die praktisch einer Aufforderung zur Sabotage gleichkommt! — Ganz eindeutig formuliert auch Curschmann (Zentralbl. für Gewerbehygiene und Unfallverhütung Bd. 2, 1925, Nr. 6) diesen Sabotagestandpunkt. Er verlangt geradezu, daß der Arzt für die Erlangung einer Übergangsrente keine Beihilfe durch Meldung drohender Erkrankung oder Verschlimmerung leiste. — Über Entscheidungen eines Oberversicherungsamtes und Maßnahmen der Berufsgenossenschaften, die praktisch ebenfalls zur Wirkungslosigkeit führen, berichtet Noack (Gotha) in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene (Nr. 8, 1926).

Von Wichtigkeit ist auch die Frage der Fortbildung der praktischen Ärzte auf dem Gebiet der Gewerbehygiene. Chajes (Klin. Wochenschrift 1925, Nr. 50) bezweifelt mit anderen mit vollem Recht, daß die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ dafür geeignet sei. In ihr besitzen nämlich die Unternehmer großen Einfluß! — Kaplun schildert die neue Gesetzgebung Sowjet-Rußlands bezügl. der Versicherung der Gewerbekrankheiten. Sowohl das Maß der Entschädi-

gung wie auch die Liste der entschädigten Krankheiten ist, wie zu erwarten, erheblich größer als in Deutschland. So wird z. B. bei Ganzinvalidität und bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit der volle Arbeitslohn gewährt! (Zentralbl. f. Gewerbehyg. u. Unfallverhütung Nr. 4, 1926.)

Es sei endlich noch hingewiesen auf die proletarische Kritik der Verordnung in der Zeitschrift: „Der Sanitäter“ (Juni 1926). Hier wird vom sozialistischen Gesichtspunkt aus auf die Mängel der Verordnung bezüglich Ausdehnung, Meldepflicht, enge Indikation der Richtlinien usw. hingewiesen. —

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nur durch gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft mit den auf ihrer Seite stehenden Ärzten die Sabotage der Verordnung durch die chemische Industrie verhindert und für eine weitere Ausdehnung der Verordnung gekämpft werden kann.

Benjamin

Dr. Georg Wolff: Der Gang der Tuberkulosesterblichkeit und die Industrialisierung Europas. Tuberkulose-Bibliothek: Nr. 23, Johann Ambrosius Barth.

Dieses Buch ist außerordentlich wertvoll, nicht nur durch die große Anzahl seiner statistischen Angaben. Es wurden die Fehlerquellen der statistischen Grundlagen und der Berechnung, namentlich für die Kriegsjahre aufgedeckt. W. kann nachweisen, daß in den Ländern mit überwiegender Industrie, im Gegensatz zu den Ländern mit mehr landwirtschaftlicher Beschäftigung, im allgemeinen (Dänemark bildet eine Ausnahme) die Tuberkulosesterblichkeit dauernd einen stärkeren Rückgang findet. Sehr richtig bemerkt er dazu, daß diese Besserung nicht mit der Industrialisierung an sich zu tun hat und nicht etwa nun geschlossen werden dürfte, daß Fabrikarbeit gesünder sei als die Landarbeit, sondern die Besserung beruht auf der hygienischen Entwicklung und dem vermehrten Wohlstand der industrialisierten Bevölkerung. Im Grunde genommen rennt er damit offene Türen ein. Leider vergleicht er aber nun nicht die einzelnen Industriestaaten untereinander, er würde dann nicht nur zu so allgemeinen Schlüssen kommen, sondern er würde dann gesehen haben, daß so verschiedenartig und komplex auch die Ursachen für die Verbreitung der Tuberkulose in den einzelnen Ländern sind, diese doch in der Hauptsache nach von ganz bestimmten Lebensbedingungen abhängig ist, unter denen eine bestimmte Bevölkerung zu leben gezwungen ist und nicht nur von allgemeinen wirtschaftlichen und hygienischen Faktoren, deren Rolle nicht verkannt werden soll. Anders ist der geradezu phänomenale Rückgang in England, gegenüber Deutschland zum Beispiel, die große Verbreitung in einzelnen Bezirken Schottlands, das Verhalten Dänemarks nicht zu erklären. Er hätte dann auch sehen müssen, daß die Tuberkulosesterblichkeit in direkten Beziehungen steht zu den Grundprinzipien der Tuberkulose- und Seuchenbekämpfung in den einzelnen Ländern und wie diese gehandhabt wird. Trotz dieser Beanstandungen enthält das Buch ein sehr wertvolles Material, aus dem auch der Sozialist Anregung schöpfen kann.

G.

Vierteljahrsschrift Deutscher Ärztinnen, herausgegeben von Hermine Heusler-Edenhuizen und Laura Turnau. 2. Jahrg., Heft 1, 2, 3. Verlag F. A. Herbig, W 35.

Die Herausgeberinnen sind mit gutem Erfolg bemüht, die allgemeinen, aber auch die aktuellen Fragen der Volksgesundheit in ihrer Zeitschrift zu behandeln und auch in Zusammenhang zu bringen mit den gegebenen sozialen Verhältnissen. Besonders aber werden gerade die Gebiete herausgegriffen, die in erster Linie die Frau, also hier den weiblichen Arzt interessieren. So enthalten diese drei Hefte gründliche Abhandlungen über Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten im Zusammenhang mit Wohnungsnot und Lebenshaltung. Wir finden dann aber auch Vorschläge zur Verbesserung: das Beispiel einer Tuberkulosekolonie in England oder eine Darstellung des Kampfes der Pflegeämter gegen die Geschlechtskrank-

heiten. Andere Gebiete wie Prostitution (weibliche Polizei), sexuelle Aufklärung, Impfgegnerschaft, Kleinkindergesundheitsfürsorge werden zumindest zum Nachdenken anregend behandelt.

Aus der Zusammenstellung der Hefte erhellt, daß es das Ziel der Herausgeberinnen ist, die gesamte weibliche Ärzteschaft in der Ausübung ihres Berufes in Kontakt zu erhalten mit den Fragen der Volksgesundheit durch Darstellung und Kritik, zur Mithilfe anzuregen für den Aufbau der Volksgesundheit. M. Fl.

Moskauer Skizzen zweier Ärzte von Lothar Wolf und Martha Ruben-Wolf. Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten 1926.

Die lebendigen Schilderungen der Gespräche und Besichtigungen geben ein gutes Bild der Moskaureise der beiden Verfasser. Aus den Skizzen geht hervor, daß man in keinem Lande sich so gut über alle Nachkriegsveränderungen und Fortschritte sozialer und sanitärer Art unterrichten kann wie in Sowjet-Rußland. Jedem Fremden, und besonders den Ärzten, die nach Rußland kommen, steht das Studium der vielfach beispiellos großzügigen staatlichen und kommunalen Einrichtungen offen.

Franz Rosenthal

Die Kommune, Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik. Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten SW 61.

Ein Blick hinter die Kulissen, so betitelt sich eine illustrierte Werbebroschüre der Berliner Volksbühne (Geschäftsstelle C 25). Sie enthält das Programm für das laufende Spieljahr und sonstige Angaben über das aufblühende, gemeinnützige Unternehmen.

Ausgewählte Typen von Haarkrankheiten von Dr. A. Pohl. Abdruck aus der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“, 22. Jahrg. 1925, Nr. 18.

Der Arbeiter-Fotograf. Mitteilungsblatt der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen (Neuer Dtsch. Verlag NW 7), 1. Jahrgang, bringt in guter Ausstattung unter Anwendung modernster Reproduktionstechnik lehrreiche Artikel und Anregungen aus der Praxis der Arbeiter-Fotografen.

Der Neue Rundfunk. Funkzeitschrift des schaffenden Volkes. Verlag SO 26.

Die seit einigen Monaten erscheinende Wochenschrift des Arbeiter-Radio-Klubs sieht den Rundfunk nicht nur als eine Unterhaltungsmöglichkeit, sondern als ein technisches Hilfsmittel an, um den kulturellen Willen der aufsteigenden Arbeiterklasse zu manifestieren. Der Kampf, den Rundfunk aus den Händen der herrschenden Klasse zu befreien und im Sinne der breiten Volksmassen bei der Zusammenstellung und Durchführung der Programme mitzubestimmen, verdient die tatkräftige Unterstützung aller Kopf- und Handarbeiter.

Memorandum über die Verhältnisse in den polnischen Gefängnissen nach dem Bericht des Sejm-Ausschusses.

Die Schrift enthält erschütternde Einzelheiten über das heute noch in Polen herrschende System der Verfolgungen. Abgedruckt ist auch der Protest, den im Namen der Menschlichkeit eine große Zahl französischer Politiker und Schriftsteller wie Romain Rolland, Herriot, Painlevé, Léon Blum gegen den weißen Terror in Polen erhoben haben. F.

Briefkasten

Zahnärztliche Rundschau. Es wird unsere Mitglieder und Freunde sicherlich interessieren, daß Sie, dem Druck rechtsgerichteter Kreise nachgebend, in Zukunft die Anzeigen des V. S. Ä. nicht mehr zu veröffentlichen gedenken. Uns scheint eine wirkliche Neutralität gebieterisch zu verlangen, gerade auch die Tagesordnung unserer Sitzungen den Kollegen-

kreisen bekannt zu geben. Durch Ihre engherzige und furchtsame Maßnahme werden Sie mehr Ihr Ansehen als unser Wirken schädigen.

L. Hannover. Ihr Situationsbericht über den Stand der Typhusepidemie wie auch der gedruckte Auszug der Rede des Bürgervorstehers Gen. Miller waren uns sehr willkommen. Das Material wurde in unserer hiesigen Vereins-Versammlung lebhaft diskutiert.

Dr. R. D. London. Die in Aussicht gestellten Beiträge über sozialhygienische Fragen in England werden wir gern im „Sozial. Arzt" veröffentlichen.

Evany-Oslo. Wir begrüßen freudig Ihr Interesse für den „Sozial. Arzt". Die Verbindung mit den sozialistischen Kollegen im Auslande ist uns besonders wertvoll.

G. L. Ihre Vorschläge, die Mitglieder zu aktiver Betätigung heranzuziehen, haben den Vorstand eingehend beschäftigt. Ihr Antrag, Excursionen und Besichtigungen zu veranstalten, hat bereits zu positiven Resultaten geführt.

— gos. Von Schriften, die sich mit der Sozialisierung des Heilwesens beschäftigen, nennen wir Ihnen:

„Die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit im Verbande der Gesundheitsversicherung" von Dr. Rich. Roeder. Berlin 1920. Verlag Rich. Schoetz, Wilhelmstr. 10. „Das Gesundheitswesen in Sowjet-Rußland" von Prof. N. Semaschko. Sonderabdruck aus der Dtsch. Mediz. Wochenschrift 1924.

Fr. Wir geben gern bekannt, daß die Vereinigung linksgerichteter Verleger seit einiger Zeit ein Werbeblatt „Das Buch der Schaffenden" herausgibt. Unsere Mitglieder können die kleine Broschüre in beliebiger Zahl kostenlos beziehen durch die Vereinigung Berlin W 9, Köthener Straße 38.

R. Wo. Ihr Wunsch, daß der „Soz. Arzt" r e g e l m ä ß i g vierteljährlich oder sogar monatlich erscheinen möge, ist bereits häufig geäußert worden. Aber einstweilen ist der V. S. Ä. noch um etliche Hundert Mitglieder zu schwach, um der Zeitschrift die notwendige materielle Grundlage zu geben. Uns stehen nämlich, außer der Opferwilligkeit der V. S. Ä.-Mitglieder und einiger Freunde, keine anderen Fonds zur Verfügung. Wenn irgend möglich, soll das nächste Heft gleichwohl im Dezember erscheinen.

Verantwortlich für die Redaktion: Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstr. 52
Für den Verlag: F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf. Druck: Gemeinnützige Druckerei Daab (Fr. Mewes), Berlin SO 16, Adalbertstr. 65.



GEMEINNÜTZIGE DRUCKEREI DAAB
BERLIN SO 16
ADALBERTSTR. 65
FERNSPRECHER: MORITZPLATZ 11909
überreicht durch
Friedrich Mewes